

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Pachtstellen-Anzeigen bis 50 Pfennig. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mänzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Arbeit und Kapital.

V.

Wie wehrt sich der Arbeiter gegen die Ausplünderung durch das Kapital?

Das Kapital funktioniert nicht als eigentliches Produktionsmittel, sondern nur als Organisationsmittel. In der Gütererzeugung ist es vollständig überflüssig. Als Organisationsmittel könnte es durch irgendeinen andern Wertmaßstab ersetzt werden. Damit wäre der Arbeit aber heute nicht mehr gebiet. Das Kapital hat sich ja die Herrschaft über die Produktionsmittel angeeignet. Ob nun das Kapital seine Herrschaft unter dem Hepter des Geldes oder vielleicht dem eines bedruckten Papiers ausübt, das ist für den Effekt ganz gleichgültig, die Arbeit bliebe dem Kapital nach wie vor tributpflichtig. Will das Volk, die Arbeit, von dieser Tributpflicht sich befreien, muß es das Kapital als Herrscherin der Produktionsmittel entthronen. Angenommen, auf einem Grundstück, das bisher brach lag oder für landwirtschaftliche Zwecke Verwendung fand, soll ein Haus erbaut werden. Der Besitzer verkauft das Terrain für 100 000 M. Diese Summe legt er zinsbar an und bezieht dann jährlich sagen wir 4000 Mark Zinsen. Dieser Zinsgenuß hört nimmer auf; die Gesellschaft ist dem Grundstückbesitzer auf ewige Zeiten tributpflichtig geworden. Der Hausbauer ist mit der Zahlung von 100 000 Mark oder der Zinszahlung dafür aber noch nicht am Ende der erforderlichen Aufwendungen. Da zum Hausbau auch der Einkauf von Rohmaterialien gehört, von deren Fabrikation das Kapital Gewinn zog, muß er auch diesen Kapitalzins tragen, indem er den Verkaufspreis zahlt. So geht es bei jeder Art Warenerzeugung. Ueberall verlangt das Kapital einen Anteil vom Arbeitsertrage, überall macht es sich die Arbeit abgabenpflichtig, obwohl es keinerlei Dienste leistet. Das wird bleiben, solange die Produktionsmittel Privateigentum bleiben. Das Privateigentum an Gebrauchsgegenständen usw. gehört nicht hierher. Hier kommen ausschließlich die Produktionsmittel, als da sind: Grund und Boden, Fabriken, Werkstätten, Verkehrsmittel, Werkzeuge usw., in Betracht. Würde das Privateigentum an diesen Mitteln zur Hervorbringung von Lebensgütern aufgehoben, dann bräuchten die Arbeiter der Privatbesitzer, das sind die Kapitalisten, auch nicht mehr einen Teil ihres Arbeitsertrages abzugeben. Selbstverständlich dürften auch nicht die Arbeiter irgendeiner Fabrik deren Besitzer sein, denn sonst wäre ja schließlich wenig oder gar nichts geändert. Die Arbeiter als Besitzer einer Fabrik und der von ihnen hergestellten Güter könnten ja ebenso gut als Ausbeuter auftreten wie der ehemalige Kapitalist.

Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in unserm Sinne bedeutet, daß ein Volk in seiner Gesamtheit Besitzer aller Produktionsmittel wird. Das erstrebt die Sozialdemokratie! Der Weg, auf dem sie das Ziel „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ erreichen will, ist die Eroberung der politischen Macht. Indem sie möglichst alle Volksgenossen von der Wichtigkeit ihrer Ansicht zu überzeugen sucht, will sie diese veranlassen, sich für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu erklären und ihren Willen durch die Gesetzgebung zu verwirklichen. Ist das Ziel erreicht, dann hört natürlich die Tributpflicht der Arbeit zugunsten des Kapitals auf, dann sind die Produzenten auch die Besitzer der von ihnen hergestellten Güter und es kann nicht mehr der faule Bauch verschlemmen, was fleißige Hände erworben. Warum die herrschende Gesellschaft mit ihren Organen: Regierung, Kirche, Polizei, Militär, Gericht und Gesetzgebung, alle Mittel anwendet, um das Volk in Unwissenheit und Abhängigkeit zu erhalten, warum man sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, dem arbeitenden Volke einen größeren Einfluß in der Gesetzgebung und Verwaltung einzuräumen, das wird nach dem Gesagten wohl jedem Leser verständlich. Und leider muß man konstatieren, daß die Verdummungsversuche der kapitalistischen Interessenten bisher immer noch erfolgreich waren. Trotz des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage wählte das Volk bisher immer noch eine Vertretung, die in ihrer weit überwiegenden Mehrheit für die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse eintrat, die die volksfeindliche kapitalistische Wirtschaftsweise als gottgewollte Ordnung verteidigte. Deshalb sollte jeder Klassenbewusste Arbeiter sich bemühen, aufklärend im Kreise seiner Kameraden zu wirken. Aber verfehrt wäre es, weiter nichts zu tun. Der verheerenden Tendenz des Kapitalismus weiter nicht entgegen zu treten als durch politische Aufklärung hiesige ja, sich ihm bis zur Erreichung des Zieles wehrlos als Ausbeutungsobjekt zu überlassen. Das darf schon darum nicht sein, weil die am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten auch schlechte politische Kämpfer sind. Ihnen fehlt die erforderliche Energie und das nötige Selbstbewußtsein, um mit Erfolg für eine Weltanschauung streiten zu können. Deshalb und um des direkten Zweckes willen, nämlich die Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse, muß die Arbeiter-

schaft dem Kapital auch auf wirtschaftlichem Gebiete entgegen treten; es muß sich gegen seine Plünderung nach Möglichkeit schützen.

Die Arbeitskraft ist eine Ware, die der Träger dem Unternehmer verkauft. Der Preis der Ware ist im allgemeinen von Angebot und Nachfrage abhängig. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage kann von den Verkäufern verschiedenen Wegen: Die Besitzer der Ware vereinigen sich und bestimmen untereinander, wie hoch der niedrigste Preis ihrer Erzeugnisse sein darf. Niemand darf dann billiger verkaufen, höhere Preise zu nehmen, wird keinem verboten. Der andre Weg ist der, daß die Fabrikanten die Produktion einschränken und dadurch das Angebot verringern. Es liegt nun nahe, daß die Arbeiter als Verkäufer der Ware Arbeitskraft ähnlich handelten. Sie hätten um so mehr Anlaß dazu, als ihre Ware ihnen kein Mittel ist, arbeitslosen Gewinn zu erzielen, sondern ihre Existenz zu fristen. Der Kampf der Ware Arbeitskraft um höhere Preise ist aber viel schwieriger als bei jeder andern Ware. Diese kann man event. aufstapeln und bessere Konjunktur abwarten. Das läßt sich mit der Arbeitskraft nicht machen, sie muß jeden Tag verkauft werden, damit der Körper, mit dem sie verbunden ist, seine Nahrung bekommt. Wollte man dem Körper diese entziehen, wäre es ja auch mit der Arbeiterklasse schnell vorbei. Dieser erschwerende Umstand macht für die Ware Arbeitskraft eine bessere Organisation nötig als für andre Waren. Und die ihrer Arbeitskraft notwendige Organisation finden die Arbeiter in der Gewerkschaft. Durch diese treten sie dem Unternehmer als die Vereinigung der Ware Arbeitskraft gegenüber. Als solche können sie Bedingungen stellen. Der einzelne Arbeiter dagegen ist völlig machtlos. Die unbeschränkte Willkür der Unternehmer zwingt ihn, mit den traurigsten Arbeitsverhältnissen stülp zu nehmen. Wer sich auf das Wohlwollen der Unternehmer verläßt, der ist allemal betrogen. Das kann jeder auch nur halbwegs vernünftige Arbeiter selbst konstatieren. Ueberall dort, wo eine gute Organisation der Berufsgenossen besteht, sind die Arbeitsverhältnisse viel besser als dort, wo die Organisation noch schwach und unbedeutend ist. Am allertraurigsten ist es mit den Lohnverhältnissen, den hygienischen Einrichtungen und der Behandlung der Arbeiter dort bestellt, wo der Gedanke der Organisation am wenigsten Eingang gefunden hat. Das sind Erfahrungstatsachen, die auch den geistig Schwerfälligen für die Organisation gewinnen müßten.

In welcher Weise arbeitet die Organisation an der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse? Ihre Hauptmacht liegt in der Zusammenfassung der Ware Arbeitskraft, in der Vereinigung ihrer Träger. Kommen diese einzeln als Verkäufer zu dem Unternehmer, dann diktiert dieser ganz einfach die Arbeitsbedingungen. Anders, wenn eine genügend starke Organisation vorhanden ist. Diese, das heißt die Mitglieder, beschließen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Die Organisationsleitung unterbreitet dem Unternehmer die Forderung. Lehnt er sie ab, dann verweigern die Arbeiter die Hergabe ihrer Arbeitskraft. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß die Organisation schon stark genug ist, um event. einen Kampf aufnehmen zu können. Ohne Arbeitskraft kann der Unternehmer nicht produzieren; kann er aber nicht produzieren, ist es ihm auch nicht möglich, Ware zu verkaufen und somit ist ihm die Quelle der Profitmacherei unterbunden. Das nicht allein! Da der Unternehmer für Leihgeld usw. Zinsen zahlen muß, auch wenn er nicht arbeiten läßt, da er außerdem laufende Unkosten aller Art beden muß, bedeutet ein Streik für ihn nicht nur Gewinnverlust, sondern auch direkten Schaden, der zu seinem Ruin führen kann. Finden sich nicht genügend Streikbrecher, dann muß er die Forderungen der Arbeiter akzeptieren oder schließlich Konkurs anmelden. Diesen Konsequenzen zu entgehen, ist natürlich das Bestreben der Unternehmer. Daher zeigen sie sich immer mehr bereit, dort, wo die Arbeiter starke Organisationen aufgebaut haben, mit diesen durch gütliche Verhandlungen und durch Festlegung von vertraglichen Abmachungen, das heißt durch Tarifverträge, die Arbeitsverhältnisse zu regeln. Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. werden auf eine bestimmte Zeit genau festgelegt. Der einzelne Arbeiter hat dann nicht mehr notwendig, beim Meister um einige Pfennige Zulage zu betteln, sein Lohn steht im Tarif, den der Unternehmer respektieren muß. Solche Erfolge setzen natürlich organisatorische Leistungen voraus. Die Gewerkschaft muß nicht nur numerisch stark, sondern auch finanziell gut gerüstet sein, so daß sie jederzeit in der Lage ist, einen Kampf aufzunehmen. Die Unternehmer sind nur dann entgegennemend, wenn sie wissen, daß die Organisation kämpfen kann. Dieses Kampfen können ist abhängig von der Finanzkraft des Verbandes.

Wenn die Arbeiter streiken, werden sie nicht bedürftiglos, ihr Körper verlangt nach wie vor seine Nahrung. Da der Lohn ausbleibt, muß die Organisation Unterstützungen zahlen. Das geschieht z. B. auch in weitgehendstem Maße durch den Fabrikarbeiterverband! Er könnte natürlich noch viel mehr leisten, seine Erfolge auf dem Ge-

biete der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse würden noch bedeutend größer sein, seine Unterstüßungseinrichtungen könnten noch erweitert und günstiger gestaltet werden, wenn die Zahl der Organisierten größer wäre. Die Leistung der Organisation, ihre für die Mitglieder Segen spendende Tätigkeit wird an Fruchtbarkeit außerordentlich gewinnen, wenn die Zahl der Unorganisierten zusammenschmilzt. Erst ungefähr ein Drittel der für den Fabrikarbeiterverband Organisationsfähigen ist in ihm organisiert. Sorgen wir dafür, daß bald mindestens 50 Prozent der Berufsgenossen sich unter seiner Fahne zusammenscharen. Gerade die Fabrikarbeiter leiden ganz besonders unter dem Gegensatz zwischen Arbeiter- und Kapitalisteninteressen, weil für die Ware der sogenannten ungelerten Arbeitskraft immer ein Ueberangebot besteht. Diesen für unsere Kollegen ungünstigen Umstand kann eine entsprechend gute Organisation weilmachen.

Die Fabrikarbeiter in ihrer Lebenshaltung und in ihrem Arbeitsverhältnis auf das Niveau besser bezahlter Facharbeiter zu heben, sie gegen die Anfeindungen des Kapitals, gegen schrankenlose Ausbeutung und Unterdrückung zu schützen, das ist die Aufgabe unserer Organisation. Kollegen, Berufs-genossen! Als Organisator und Agitator unterstütze ein jeder das kulturelle, dem Arbeiterwohl dienende Streben des Fabrikarbeiterverbandes!

Schätzt den Sieg!

Im „Grundstein“ schreibt Genosse Bebel dem Bauarbeiterkampf ein Nachwort, das nicht nur für die Arbeiter des Baugewerbes und nicht nur für diesen Kampf Bedeutung hat. Unter der mahnenden Ueberschrift „Schätzt den Sieg“ schreibt Bebel:

Als gegen den Frühling dieses Jahres in allen Kreisen, die sich für die soziale Bewegung interessieren, die Ueberzeugung Platz griff, daß wir einem großen Kampf im Baugewerbe zwischen den Arbeitern auf der einen, den Unternehmern und ihren kapitalträchtigen Hintermännern auf der andern Seite entgegen gingen, war das Unbehagen allgemein.

Man wußte, daß namentlich von der Seite der Unternehmer seit Jahr und Tag gewaltige Anstrengungen gemacht wurden, um einen glücklichen Ausgang des Kampfes für sie herbeizuführen. Man sah also allerorts einem Kampf entgegen, wie er bisher in Deutschland noch nie geführt worden war. Und zwar nicht bloß in Rücksicht auf die Zahl der Beteiligten auf beiden Seiten und der in Frage kommenden Interessen, auch das Kampfgebiet mußte das denkbar größte werden. Ganz Deutschland war das Schlachtfeld, auf dem gleichzeitig gekämpft wurde. Die zwei sich gegenüberstehenden Heere waren ungleich an Zahl der Köpfe, aber auch ungleich an materiellen Mitteln. Die Minierheit, die Unternehmer und ihre Hintermänner, hatten zweifellos die größeren materiellen Mittel zur Verfügung, aber die Arbeiter hatten in diesem Kampfe fast die gesamte öffentliche Meinung auf ihrer Seite, ein Faktor, der in wirtschaftlichen Kämpfen von großer Bedeutung ist, wie der Ausgang dieses Kampfes wieder bewiesen hat.

Sieben Wochen lang waren Hunderttausende von Arbeitern ausgesperrt gewesen, mußten Millionen Mark Arbeitergroschen für die zum Kampf gezwungenen Arbeiter geopfert werden, deren Haltung eine in jeder Beziehung bewundernswerte war. Not und Sorge waren in zahlreichen Familien die Folge. Doch siehe, rascher als die größten Optimisten gehofft, ging angehts der geschlossenen Haltung der Arbeiter der Kampf zu Ende und statt einer von vielen Seiten befürchteten Niederlage brachte er den kämpfenden Arbeitern den Sieg.

Ja, ein Sieg ist das Resultat dieses Kampfes für die Arbeiter, so viele auch unter den beteiligten Arbeitern es geben mag, die das nicht im vollen Sinne gelten lassen wollen.

Einen Sieg bedeutet es, wenn die Forderungen der Unternehmer auf der ganzen Linie zurückgewiesen wurden, ein noch größerer Sieg ist es, daß das bisher Befestigte nicht nur erhalten, sondern die Unternehmerklasse auch noch zu Konzessionen gezwungen wurde.

Wie der Kampf in seiner äußeren Erscheinung ein bisher einzig dagewesener war, so ist auch der Erfolg ein bisher einzig dagewesener. Der Sieg ist für die beteiligten Arbeiterkreise ganz Deutschlands errungen worden. Die Arbeiter in den kleineren und kleinsten Orten, die bisher kaum je in der Lage waren, einen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen führen zu können, sie nehmen mit teil an diesem Siege und haben Vorteil von diesem Kampfe, ja, sie haben sogar den Hauptvorteil davon. Dieser Vorteil kommt aber auch wieder den gesamten beteiligten Arbeiterorganisationen zugute, und zwar mit den Jahren in dauernd höherem Maße.

Indem den Fachgenossen in den verlorensten Winkeln Deutschlands die Vorteile des Sieges mit in den Schoß fielen, ist ihnen fernerhin der ungeheure Vorteil einer geschlossenen, über ganz Deutschland verbreiteten Berufsorganisation zum Bewußtsein gekommen. Sie haben jetzt zum ersten Male in greifbarster Form kennen gelernt, was es heißt, organisiert, diszipliniert, solidarisch mit allen Berufsgenossen Schulter an Schulter zu stehen und zu kämpfen. Der Gedanke der Organisation, das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Disziplin und Solidarität hat dadurch mächtig an Boden gewonnen, die Reformierungsgebiete für Streikbrecher wurden für künftig bedeutend eingeengt. Das erleuchtet aber künftige Kämpfe der gesamten Bauarbeiter Deutschlands in einem ganz eminenten Maße. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist also der Bauarbeiterkrieg ein weit größerer, namentlich in seinen künftigen Folgen, als dieses auf den ersten Augenblick der Fall zu sein scheint. Ferner ist das Selbstbewußtsein aller Beteiligten und darüber hinaus der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands mächtig durch diesen Sieg gehoben worden. Die Arbeiter begreifen in höherem Maße, was sie leisten und erreichen können, stehen sie fest, opferwillig und unentwegt zusammen.

Endlich ist zu beobachten, daß dieser Kampf von der gesamten Unternehmerschaft mit größtem Interesse verfolgt wurde. Der Kampf auf nationaler Ebene innerhalb eines Gewerbes war in ihren Augen ein Versuchsschritt, das wenn es gelang, zur Nachfolge reize; das aber, wenn es mißlang, eine Warnung bedeutete. Nun, der Versuch ist mißlungen und dadurch zweifellos auf absehbare Zeit hinaus der Unternehmerschaft ein zweiter Versuch zur Nachahmung verleidet. So haben nicht nur die Bauarbeiter, sondern es hat die gesamte deutsche Arbeiterklasse ebenfalls einen Vorteil aus diesem Siege geschöpft.

Sind nun die Sachgenossen in der einen oder andern Stadt unzufrieden mit dem nach ihrer Meinung zu geringen materiellen Erfolge, so mögen sie die großen ideellen Erfolge ins Auge fassen, die ihnen dieser Kampf gebracht hat. Ideelle Erfolge, die notwendig im Laufe der Jahre ihnen höhere materielle Erfolge sichern werden, als sie ohne diese ideellen Erfolge erreichen könnten. Die Zahl der Kämpfe wird eine weit größere und die Zahl der hemmenden Kräfte eine weit kleinere. Das ist besonders ins Auge zu fassen, falls der Sieg richtig gewürdigt werden. Es ist aber eine schwere Schädigung, um nicht zu sagen Infragestellung des Erfolges, wenn hier und da die Sachgenossen Miene machen, sich den zwischen ihren erwählten Vertrauensleuten und den gewählten Vertretern vereinbarten Bedingungen nicht zu fügen. Voraussetzung jedes Vertrages ist, daß beide Teile, die den Vertrag abschließen, denselben auch lokal erfüllen. Verlangen wir von den Unternehmern, daß sie die vereinbarten Bedingungen respektieren — und es sind viele unter ihnen, denen der Vertrag für die Arbeiter zu günstig erscheint —, dann erfordert die Loyalität, daß die Arbeiter ebenfalls einhalten, was ihre Vertrauensmänner im Interesse der Gesamtheit vereinbarten.

Was du nicht willst, was man dir tu', das füg' auch keinem andern zu! Wie du mir, so ich dir!

Abgesehen aber von dieser selbstverständlichen Pflicht der Loyalität gegen den Gegner, erfordert die Rücksicht auf die gewählten Vertrauensleute, daß man sie nicht bloß stellt, daß man, wenn auch widerwillig, erfüllt, was sie im Gesamtinteresse vereinbarten und unter der Voraussetzung, daß man billige, was sie getan.

Auch hat eine Organisation nicht nur gegen sich selbst und gegen den andern vertragschließenden Teil, sondern auch gegen die Allgemeinheit moralische Verpflichtungen. Die Sympathien, die die Allgemeinheit im vorliegenden Fall dem Kampf der Bauarbeiter entgegenbrachte, würden in das Gegenteil verkehrt, zeigten die Arbeiter, daß sie getroffene Vereinbarungen ihrer Vertrauensmänner die Erfüllung verweigern. Ferner ist es verdamnte Pflicht und Schandigkeit der Einzelnen, und seien es noch so viele, sich der Entscheidung der großen Mehrheit ihrer Kollegen zu fügen.

Und wer gar mit Organisationsbruch droht oder ihn vollzieht, begeht Verrat an den Berufs- und an den allgemeinen Arbeiterinteressen. Er ist ein Feindenächtiger, der dem Feinde Waffen liefert.

Und noch eine andre Gefahr droht. Verweigern namhafte Teile der beteiligten Arbeiterklasse ihren Vertrauensleuten die Gefolgschaft, so begehren sie Vertragsbruch. Wer wird sich wundern, wenn alsdann auch die Unternehmer den Spieß umkehren und erklären, daß sie sich nunmehr ebenfalls aller Verpflichtungen entbunden erachten und der alte Kampfzustand wieder hergestellt sei?

Wie würde aber die Allgemeinheit es auffassen, wenn durch Verstoß eines Teils der beteiligten Arbeiter alles wieder in Frage gestellt würde? Und wie würden insbesondere die deutschen Gewerkschaften einen Schritt aufnehmen, der aufs neue einen Kampf von unübersehbarer Dauer und von nicht zu übersehenden Folgen hervorriefe?

Diese Fragen sollten sich bisjensigen vorlegen, die glauben, den getroffenen Vereinbarungen opponieren und wider sie handeln zu müssen. Bei einer gewissenhaften Prüfung kann die Antwort nicht zweifelhaft sein.

Der Sieg ist vorhanden, ein weit größerer Sieg als er anfangs von irgendeiner Seite erwartet werden konnte. Es ist aber schon mancher Sieg nachher durch taktische Fehler in eine Niederlage verwandelt worden.

Sorgt, Arbeiter, auf allen Seiten, daß der Sieg Sieg bleibt!

A. B e e l.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben von dem wirtschaftlichen Aufschwung des Jahres 1909 profitiert. Die aus dem im „Gewerkschaftsblatt“ veröffentlichten Jahresbericht hervorgeht, zählten die dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1909 zusammen 280 061 Mitglieder gegen 260 767 am Schlusse des Jahres 1908; das ist eine Zunahme um 19 294 gleich 7,3 Prozent. Mit dieser Zunahme ist jedoch der Rückgang des Jahres 1908 noch nicht ausgeglichen, denn am Schlusse des Jahres 1906 zählten sie 284 649 Mitglieder oder noch rund 4600 mehr als Ende 1909. Analog zum Jubel haben die Christen also nicht zwar die Vorteile der freien Gewerkschaften noch nicht endgültig zu sammengeseht, jedoch läßt sich nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen schon sagen, daß bei uns nicht nur der Rückgang weit gemacht, sondern noch eine Zunahme darüber hinaus erzielt wurde. Stellen wir die bisher bekannten Zahlen für die freien Gewerkschaften, die sich noch um ein Geriniges ändern können, hier ein, so erhalten wir für die letzten drei Jahre folgendes Resultat:

Wahljahr	Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften	Gesamt	Alle drei zusammen
1907	1 573 136	284 649	1 088 889	2 266 684
1908	1 797 963	260 767	1 058 568	2 164 288
1909	1 832 477	280 061	1 088 928	2 280 566

Es ist also zu sehen, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 einen Zuwachs von 19 294 Mitgliedern erzielten, während die freien Gewerkschaften einen Zuwachs von 34 341 erzielten.

Zunächst haben sogar die Christen noch etwas besser abgesehen als die Freie. Es ist also vorläufig noch nichts mit dem Niedergang der freien Gewerkschaften.

Die Zahlenverhältnisse zeigen erhöhte Einnahmen aus Beiträgen, und größere Ausgaben und einen verminderten Rückstand. Mit 1 400 000 RM. Einnahmen, 3 800 000 RM. Ausgaben und 5 000 000 RM. Rückstand schließt das Jahr 1909 ab. An Unternehmern verweigern die christlichen Gewerkschaften insgesamt 1 700 000 RM., darunter für Streik- und Gewerkschaftsunterstützung 400 000 RM.

Die christlichen Gewerkschaften sind mit rund 27 000 beteiligten Unternehmern gegen die Freie mit 25 000 Unternehmern an der Spitze. Streik- und Gewerkschaftsunterstützung waren 252 zu beziffern, bei denen 170 mit Streik- oder streikähnlichem Erfolg und 62 Misserfolg hatten.

Von den beiden Verbänden, die für uns als Gegner in Betracht kommen, hat der Gesamtverband 376 Mitglieder gewonnen und der Freie, für den Gesamtverband 1178 Mitglieder verloren. Da die Freie selber Verbände in letzter Zeit wiederholt von der christlichen Gewerkschaften gewonnen und mit ihrem eigenen Verbande verbunden haben, können wir das nicht nur als einen Gewinn für die christlichen Gewerkschaften, sondern als einen Gewinn für die christlichen Gewerkschaften an sich betrachten. Die christlichen Gewerkschaften haben also in letzter Zeit einen Gewinn von 1178 Mitgliedern erzielt, während die Freie einen Verlust von 1178 Mitgliedern erlitten haben.

Wahljahr	Christliche Gewerkschaften	Freie Gewerkschaften	Gesamt
1907	15 470	14 550	12 762
1908	11 000	8 358	3 964
1909	122 065	122 065	11 064

Die Tabelle zeigt mit aller nur wünschenswerten Klarheit, wie es mit der „Mitgliedschaft im Lager des roten Fabrikarbeiterverbandes“, von der die frommen Christen erst kürzlich wieder zu berichten wußten, ausfällt. Der Fabrikarbeiterverband hat die Hälfte des Jahres 1908 ausgemittelt und noch 4000 Mitglieder mehr gewonnen. Der christliche Gesamtverband hat 1909 zwar um einige Mitglieder zugenommen, steht aber immer noch erheblich hinter der schönen runden Ziffer des Jahres 1907 zurück, und der so großprohige Verband der Staats-, Gemeinde-, Betriebs- und Hilfsarbeiter, der ein geradezu ungeheures Agitationsgebiet und einen prozentual enorm großen Beamtensatz hat, ist selbst im Jahre 1909 den Krebsgang gegangen. Wir kondolieren dem Verband und gratulieren der Arbeiterklasse! Denn es zeugt von gesundem Sinn, daß die Arbeiter dem ohnmächtigen Verbänden den Rücken kehren und ihre Hilfe im Fabrikarbeiterverband suchen.

Die Ohnmacht tritt noch klarer zutage, wenn wir die Klassenverhältnisse betrachten. Beim Gesamtverband mag es, relativ genommen, noch hingehen, aber beim Hilfsarbeiterverband sieht es äbe und traurig aus. Nach dem Bericht im „Centralblatt“ hatte die Hauptklasse am Jahreschlusse einen Bestand von 22 763 RM. oder noch nicht 1,70 RM. pro Mitglied. Es brauchen nur 1500 Mann einmal eine Woche zu streiken und der Hauptkassierer kann die Klasse ausleihen. Dabei haben wir guten Grund, diese Ausgaben über die Vermögensverhältnisse noch als zu rasig gefürchtet anzusehen. Und wurden zur Zeit des Streiks im Solnhofener Lithographiesteiggebiet detaillierte Ausgaben über das Vermögen, richtiger gesagt, über die Einnahmen des Verbandes gemacht, die sehr, aber sehr tief bliden liegen. Wir haben damals keinen Gebrauch von den Angaben gemacht, weil wir den kämpfenden Arbeitern in Solnhofen die Situation nicht verschleiern wollten. Es ist ja möglich, daß von den unter den Ausgaben für Streiks und Gemeindegelder gebuchten 97 390 RM. ein Teil zum Abtragen der Schuld verwendet wurde, daß aber alles gedeckt ist, glauben wir vorläufig noch nicht. Aber selbst, wenn es der Fall sein sollte, mit 22 000 RM. kam ein Verband, der seine Mitglieder in Großbetrieben hat, einfach nichts wollen. Die Unternehmern lassen ihn aus. Daran ändert das „ndauferliche“, das die Christlichen aus dem RF verreiben, gar nichts. Wir werden uns gelegentlich noch etwas eingehender mit den beiden Verbänden beschäftigen, für heute begnügen wir uns mit der Feststellung: Arbeiter, die eine nachdrückliche Interessenvertretung haben wollen, können nicht Mitglieder der christlichen Gewerkschaften werden, sondern müssen sich den freien Gewerkschaften anschließen.

Zum Verbandstag.

Meines Wissens ist es bisher vor den Verbandstagen noch niemals zu einer soich ausgedehnten und umfangreichen Aussprache über die Fragen, die den Verbandstag beschäftigen werden, gekommen, wie es diesmal der Fall ist. Dies zeigt, welches außerordentlich hohe Interesse die Kollegen besonders der angeregten Finanzreform des Verbandes entgegenbringen. Den Reigen der Meinungsäußerungen und Vorschläge eröffnete der Kollege Köhler-Mittemann, der die Erhöhung der Beiträge damit begründete, daß die weitere Ausgestaltung des Verbandsorgans bzw. die Anstellung eines zweiten Redakteurs eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Mit dieser Argumentation für die Beitragserhöhung ist Kollege Köhler erst rechtensweise allein geblieben. Die derzeitige Ausstattung des „Proletariats“ ist sowohl inhaltlich, wie auch, was den Umfang anbelangt, vollständig genügend und hat der jetzige Redakteur durch die Mitarbeit des nach Hannover berufenen Kollegen und eine Hilfe erhalten, die die Anstellung eines weiteren Redakteurs überflüssig macht. Für die weitere Ausdehnung des Verbandes, für eine erfolgreiche Agitation bei den indifferenten unwissenden Arbeitern kommt das Verbandsorgan als Agitationsmittel in geringerem Grade in Frage. Es muß leider zugegeben werden, daß der größere Teil unserer Kollegen das Verbandsorgan entweder gar nicht liest, oder dem wissenschaftlichen Inhalt bestelben eine nur oberflächliche Beachtung spendet. Maßnahmen für die Zeitung halte ich z. B. für verfehlt und unzumutbar.

Zur Sanierung der Finanzlage des Verbandes stimme ich den Kollegen bei, die eine Staffellung beschwören, die den verschiedenen Lebensverhältnissen, die wir haben, Rechnung trägt. Der Vorschlag, die Kollegen nach ihrem Verdienste einer bestimmten Beitragsklasse zwangsweise einzureihen, dürfte wohl kaum Sympathie unter den Kollegen finden. Es muß jedem freigestellt bleiben, sich nach Belieben für eine Beitragsklasse zu entscheiden. Die Bedenken, die der Kollege Hartwig-Königsberg bei einer weiteren Staffellung der Beiträge hat, daß die verschiedenen Berechnungen umständlicher, evtl. kostspieliger werden, dürfen wohl kaum einen Grund abgeben gegen eine Neuordnung, die dem allgemeinen Rechtsempfinden gerecht wird. Organische können gemacht werden mit einer Reduzierung der Unterstützung bei einer Beitragsleistung von 50 Pf., denn hier stehen Leistung und Gegenleistung nicht in richtigem Verhältnis. Der Beitrag von 40 Pf. muß erhalten bleiben. Die Parangeit beim Bezug von Gewerkschaftsunterstützung könnte bei Arbeitslosigkeit um drei Tage vermindert werden. Die alljährliche Herausgabe des Verbandskalenders erscheint in Anbetracht des geringen Interesses, das die Kollegen an demselben nehmen, nicht empfehlenswert, denn jeder bleiben Hunderte von Exemplaren unbenutzt und die Kosten ihrer Herstellung gehen dem Verbands verloren. Auch bei der Herausgabe von Broschüren und Drucksachen, die Verbreitung finden sollen, wäre es zweckmäßig, vor der Festlegung der Auflage durch Umfrage an den Zahlstellen das Bedürfnis festzustellen, denn es lagern sich Tausende von Broschüren in Hannover, die noch ihrer Bestimmung harren. Im letzten „Preis“ betont ein Kollege Herwig-Dudobitsch die Notwendigkeit, daß sich der Verbandstag auch mit der vor zwei Jahren in Röhren angenommenen Resolution betr. der Verschmelzungsfrage beschäftigt, die nicht überall in die Tat umgesetzt worden ist. Sie in Ludwigshafen die Verhältnisse augenblicklich liegen, entzieht sich meiner Kenntnis; nur so viel weiß ich, daß unzulässige Zustände in der Verwaltung der Zahlstelle Rheinland die Angliederung derselben an L. notwendig machen. In jedem Falle, wo sich die Kollegen einer Zahlstelle gegen die Verschmelzung derselben mit einer andern wenden, bei den ersten Bismilligkeit und abfällige Beurteilung der Aktionsfähigkeit anzunehmen, erscheint mir als Ausfluß persönlicher Empfindens, entspricht aber nicht den Tatsachen. Für meine Annahme stehen mir Tatsachen zur Seite, denn die Zahlstelle Frankfurt a. M. bezieht schon seit Jahren die Verschmelzung unter Zahlstelle mit der eigenen, weniger um ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen, wie in der Absicht, sich materielle Vorteile mit der Verschmelzung zu verschaffen. Der Fall Frankfurt a. M. - Verschmelzung und Streikung wird voraussichtlich je zeigen, ob die Annahme des bekannten Verschmelzungsantrags eine glückliche Tat war. Für die höchsten Verhältnisse bedeutet die rückständige Durchführung der Verschmelzung eine nachteilige Maßnahme von einschneidender Bedeutung.

S i l h e i m P l e i s, G e h e n h e i m.

Den verschiedenen Kollegen wird bekannt, daß der 50-Pfennig-Beitrag mit seinen erhöhten Unterstützungsbeiträgen in gar keinem Einklang steht mit dem 40-Pfennig-Beitrag und dessen Unterstützungsbeiträgen. Es würde deshalb eine Forderung hierin eintreten. Der 50-Pfennig-Beitrag ist nicht schuld an unserer schlechten Finanzlage, und zwar aus folgenden Gründen: Bei 40 Pf. Beitrag bezahlt ein Kollege 20,80 RM. im ersten Jahre und hat dafür Anspruch auf 24 RM. Unterstützung, das ist ein Mehr von 3,20 RM.; bei 50 Pf. Beitrag ein Kollege 26 RM. und erhält 28,80 RM. Unterstützung, das ist ein Mehr von 2,80 RM. Nach einer Mitgliedschaft von 319 Wochen bezahlt ein Kollege 124,80 RM. Beitrag bei 40 Pf., und erhält 297 RM. Unterstützung, wenn er jedes Jahr ausgerechnet wird. Bei 50 Pf. Beitrag bezahlt ein Kollege in 312 Wochen 126 RM. und erhält 306,40 RM. Unterstützung. Es würde demnach der Kollege, der 50 Pf. bezahlt, 24,40 RM. mehr erhalten, als er bezahlt hat, dagegen mit 40 Pf. Beitrag erhält der Kollege 122,20 RM. mehr, als er bezahlt hat. Demnach werden für den Kollegen mit 50 Pf. Beitrag 70,20 RM. mehr ausbezahlt, als für den Kollegen mit 40 Pf. Beitrag. Nun bezahlt aber auch der Kollege durch seine 50 Pf. in diesen 6 Jahren 31,20 RM. mehr

als der mit 40 Pf., so daß nur noch 39 RM. mehr zu bezahlen wären. Dieses ist die Differenz in 6 Jahren, wenn die zwei Kollegen jedes Jahr die ihnen zustehende Unterstützung voll und ganz holen. Wie oft dieses der Fall ist, entzieht sich meiner Kenntnis, aber ich glaube, daß das nicht allzu oft vorkommt. Wenn man über annimmt, daß jeder von den zwei Kollegen nur im letzten Jahre die Unterstützung voll und ganz erhält, so bezahlt der Kollege mit 50 Pf. immer noch 10,20 RM. mehr als der Kollege mit 40 Pf. Beitrag. Das ist noch zu bedenken, daß die Kollegen, welche schon vor Inkrafttreten dieses Beitrags ein ganzes Jahr den erhöhten Beitrag bezahlt haben, bevor sie in den Genus der Unterstützung kamen, und daß alle früheren Beiträge in 50-Pf.-Beiträge umgerechnet wurden. Ferner ist noch in Betracht zu ziehen, daß auch viele Kollegen 50 Pf. bezahlen und keine Unterstützung brauchen. Also kann der 50-Pf.-Beitrag auch nicht der Sündenbock sein für die äbe in unserer Klasse. Es muß ein andrer Weg gefunden werden als der, daß man die erhöhten Unterstützungsbeiträge abschaffen oder reduzieren will. Warten wir einmal ab, was der Vorstand für einen Antrag mitbringt, ob und auf welche Art und Weise die Beiträge zu erhöhen sind.

H e i n r i c h G r u b, K a i s e r s l a u t e r n.

Auch ich halte es für notwendig, daß Staffelleitungen eingeführt werden. Die Durchführung überlasse man den einzelnen Gauen, welche schon dafür sorgen, daß die einzelnen Zahlstellen die richtigen Beiträge einführen. Ich würde vierfache Staffellung vorschlagen, und zwar 25, 40, 50 und 60 Pf. Will man den Kollegen folgen, welche glauben, die Herren Beamten könnten einen „an Beitrag zahlen, wäre ich damit einverstanden, wenn eine weitere Klasse mit 70 Pf. eingeführt wird. Die Unterstützungsbeiträge bei der Gewerkschafts-, Maßregelungs- und Streikunterstützung müssen bei der Klassifizierung Änderungen erfahren.

Wenn man sich bei jetzt nur der Finanzreform gewidmet hat, so ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß auch andre Fragen auf dem Verbandstage erledigt werden müssen. Vor allem muß über eine planmäßige und intensivere Agitation beraten werden. Wenn ich auch nicht den Reichssekretionen das Wort reden will, denn auch diese haben ihre Schwächen, so möchte ich aber doch vorschlagen, daß eine Einteilung unserer vorhandenen Industriegruppen erfolgt. Für die Ziegler und gemauerten Arbeiter ist ein Agitationsleiter bestimmt, für andre Industriegruppen ist es dem Vorstande anheimzugeben. Für alle Industriegruppen wird es unübersehbar sein — bei den jetzigen Verhältnissen — Agitationsleiter zu bestimmen. Ich erlaube mir daher einen Vorschlag.

Im Statut (§ 3) sind die Gewerkschaften in 5 Abteilungen niedergelegt (die eine oder andre würde wömdglich noch geteilt werden können). Ein jeder Gauleiter hat in seinem Gau eine Subkommission oder Gewerkschaft, welche für ihn maßgebend ist oder worauf er hauptsächlich sein Augenmerk richtet. Ich würde nun empfehlen, aus der Zahl der Gauleiter heraus 5 r a n g e n e i t e r zu bestimmen in dem Sinne, daß sie verpflichtet würden, über die in ihrem Gau dominierende Branche eingehendes Material über Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. zu sammeln. Dieses Material sollte sie aber nicht nur in ihrem Gau, sondern für das ganze Reich sammeln und sichten. Natürlich müssen sich die Gauleiter dabei weitgehend unterstützen. Ein solches systematisches Eindringen in die einzelnen Industriezweige würde nicht nur unsere Agitation wesentlich fördern, sondern uns auch bei Lohnbewegungen gute Dienste leisten.

Der Kollege Hegemann schlägt vor, den größeren Zahlstellen die Bestimmung über die Maßregelungen zu erlassen, dem kann ich mich nur anschließen. Eine Vereinfachung unseres Apparats ist wünschenswert. Ich erlaube mir noch den Vorschlag, den Zahlstellen, welche über 3000 Mitglieder zählen, bei Lohnbewegungen mit weniger als 100 Mitglieder das Bestimmungsrecht zu überlassen. Solch große Zahlstellen haben nach meiner Ansicht Ortsverwaltungsmittglieder, die die Befähigung haben, um darüber entscheiden zu können, ob der Kampf durchzuführen ist oder nicht.

Wiederholt und von verschiedenen Stellen wurde die Verschmelzung mit dem Textilarbeiterverband angeregt. Wie aus dem „Textilarbeiter“ zu ersehen ist, dort das gleiche der Fall. Die Verschmelzungsfragen haben allerorts zu Diskussionen veranlaßt und Enghagen gefunden, was erfreulich ist. So wie von den Textilarbeitern die Verschmelzungsfrage behandelt wird, ist es grundsätzlich. Die Gründe für die Verschmelzungsanträge sind schwerwiegender Natur und nur für den Agitationsleiter, der in der Agitation steht. Darüber, daß die Zahlstelle Harburg in ihrer Mitgliederversammlung den Antrag annahm, war ich selbst erstaunt. Der gleiche Antrag lag auf dem Gewerkschaftskongress 1908 in Hamburg vor und als ich demselben in einer Sitzung beirat, wurde mir der Vorwurf gemacht, wie man mit solchen alten Vadenbüchern kommen könne. Ich zog den Antrag zurück, da ich bei keinem Kollegen Unterstützung fand. Wenn jetzt die Verschmelzung wieder angeregt wurde, so liegt es daran, daß viele Kollegen einsehen, daß die Verhältnisse in untern Textilbetrieben einen Feinmisch bilden für die Arbeiterbewegung am Orte. Dort existieren die traurigsten Zustände. Die Arbeiterklasse wird zurückgewiesen, wenn sie sich zur Aufnahme meldet. Dem Textilarbeiterverband schließen sie sich aber nicht an. Der Textilarbeiterverband wird nie in Harburg eine lebensfähige Zahlstelle bekommen.

Für die Gesamtorganisation bringt eine Verschmelzung viele Vorteile. Von den vielen kleinen Zahlstellen in einzelnen Orten ist oft keine lebensfähig; sie bringen nur Ärger und Verdruss, Unkosten und Schwierigkeiten für die einzelnen Organisationen. Mit diesen Verschmelzungsfragen muß sich deshalb auch unser Verbandstag beschäftigen. Die Schaffung von Industrieverbänden hat für uns den Nachteil, daß man von uns nur haben will. Es ist an der Zeit, zu erklären, was uns gehört und unser bleiben muß. Auch der Generalkommission und den Zentralvorständen gegenüber muß eine Erklärung abgegeben werden, daß die Verschmelzungen eine Grenze haben müssen. Die Untercheidung zwischen betriebsfremden und nicht betriebsfremden Arbeitern muß verschwinden. Was in unsern zuständigen Betrieben beschäftigt ist, gehört in unsere Organisation. Die Grenzstreitigkeiten werden dann verschwinden und keine Zahlstelle Kopfzerbrechen machen. Bis jetzt haben wir in unserer Zahlstellen abgesehen, was uns nicht gehörte. Von andern Organisationen wird jedoch kein Entgegenkommen gezeigt. Besonders die Bauarbeiter, die so sehr über andre kritisieren, hätten Grund, sich zu bessern. Ein Kollege mußte auf Grund unserer Stellung zum Bauarbeiterverband abtreten. Dieser Kollege arbeitet jetzt in der Fabrik, will selbstverständlich wieder abtreten; dem Bauarbeiterverband wird jedoch die Umwandlung verweigert mit der Motivierung, er müsse erst 13 Wochen in der Fabrik beschäftigt sein.

Den delegierten Kollegen möchte ich empfehlen, allen bis jetzt aufgeworfenen Fragen Beachtung zu schenken, zu prüfen und das Beste für unsere Organisation herauszufinden. Denn nur das Beste ist für uns gut genug.

S c h r e i b e r - H a r b u r g.

In Nr. 26 des „Proletariats“ befinden sich einige Beiträge zum Verbandstag, auf die ich einiges erwidern möchte. Der Kollege Bruno Schartz, Leipzig, hat es besonders auf die Zieglerarbeiter abgesehen. Er schreibt, es sei ihm nicht recht einleuchtend, wie man vor einigen Jahren durch Wählung der Zieglerarbeiter dem Fabrikarbeiterverband als Agitationsgebiet zuschreiben konnte. Es will mir scheinen, daß der berechtigte Kollege hier wohl kaum etwas eingehender mit dieser Frage beschäftigt hat. Sonst müßte er wissen, daß die Zieglerarbeiter durch die Ermüdung maßgebend war, die die Zieglerarbeiter durch die technische Entwicklung der Ziegelfabrik in wenigen Jahren vollständig zu Fabrikarbeitern geworden sein werden. Und weiter kam bei dem Beschluß im Verband, daß von den 300 000 deutschen Ziegler ein ganz beträchtlicher Teil heute in einer Fabrik und morgen in einer Ziegelfabrik arbeitet.

Der Kollege Sch. hat eine ganz eigenartige Logik am Laibe. Er behauptet nämlich, daß durch die Aufnahme der Ziegler zu unserm Verband sehr viel Zeit und Geld verschwendet wird, denn sobald die Zieglerarbeiter genügend an der Zahl organisiert

fein, werde man sagen: ihr gebt in den Bauhilfsarbeiterverband, aber es werde ein Ziegeleiarbeiterverband gegründet, und wir als Fabrikarbeiter hätten die Opfer gebracht. Zunächst mag festgelegt sein, daß es demnach durch die Verschmelzung des Bauhilfsarbeiterverbandes mit der Organisation der Maurer einen Bauhilfsarbeiterverband überhaupt nicht mehr geben wird. Dann aber ist wohl die Frage erlaubt, wo er dann den Ziegleren folgen soll: Ihr gehört in den Bauarbeiterverband. Glaubt der Fabrikarbeiterverband selbst? Daß er das tun wird, möchte ich doch nicht behaupten. Aber auch die Sorge des Kollegen Sch., es würde ein Ziegeleiarbeiterverband gegründet werden, ist durchaus grundlos. Gerade in neuerer Zeit macht sich überall das lebhafteste Bestreben geltend, kleinere Organisationen mit größeren zu verschmelzen. Und da glaube ich, daß auch die organisierten Ziegler genug gefunden Sinn besitzen werden, um solche Verschmelzungen zu unterlassen.

Dann ein anderes. Der Kollege H. Jenker macht den Vorschlag, es möge noch ein weiterer je einwöchiger Beitragssatz von 60 Pf. eingeführt werden. Diesen Beitrag können dann, so wie er, die Saisonarbeiter bezahlen, für die die Gefahr der Arbeitslosigkeit eine größere sei. Es hätte dem Kollegen H. aber wohl bekannt sein, daß diese „größere Gefahr der Arbeitslosigkeit“ demnach ist, wenn die vom Hauptvorstand zu dieser Frage gegebenen Anweisungen erst einmal allgemein durchgesetzt werden, nicht mehr (wenigstens nicht für die Verbandsklasse) vorhanden ist.

Dann aber kann man wirklich nicht verlangen, daß die Saisonarbeiter, die verhältnismäßig weit zu den schlechtest bezahlten Arbeitern gehören, einen so hohen Beitrag bezahlen sollen, und ich glaube auch laut, daß dieselben allzu große Lust dazu verspüren.

Will man eine gerechte Verteilung der Lasten, dann wird man trotz der Bedenken, die von einzelnen Kollegen dagegen erhoben werden, nicht umhin können, Staffeldräge einzuführen! Wenn dadurch die technische Seite der Organisation etwas erschwert wird, so darf das kein Grund gegen die Einführung von Staffeldrängen sein.

Zum Schluß noch eins. In der Nr. 24 des „Proletariats“ lautet der Kollege Kadaw, Wähler, gegen eine Erweiterung des Beamtenapparats Sturm. Prinzipiell stimme ich mit dem Kollegen K. durchaus überein; was nur an seinen Ausführungen nicht gefällt, das ist die Art und Weise, wie er sie macht. Seine Darlegungen über diese Frage sind nicht geeignet, das Vertrauen der Mitglieder zu ihren Führern zu erhöhen, und deshalb sollten sie besser unterbleiben! Wilhelm Meier, Schönm.

Überall, wohin man kommt, ist vom diesjährigen Verbandsstag die Rede. Selten waren die Gemüter eines großen Teils unserer Mitglieder so in Erregung wie zum diesjährigen Verbandsstag. Rein Wunder! Die stärkere Anteilnahme am Verbandsleben ist ein gutes Zeichen für alle, die mit lebendigem Interesse die Entwicklung unserer Organisation verfolgen. Überall wird vom Verbandsstag gesprochen. Das ist außerordentlich erfreulich. Die Mitglieder lernen ihre Organisation allmählich schätzen und kennen. So muß es sein. Der Verbandsstag ist die höchste Institution unserer Organisation; hier werden oft Beschlüsse von sehr weittragender Natur gefaßt, und deshalb gilt es, zur rechten Zeit Stellung zu nehmen zu den Tagungen des Verbandsstages.

Beschlüsse können sehr fördernd, aber unter Umständen auch zerstörend oder doch zumindest hemmend wirken. Letzteres zu verhindern, wird eine der Hauptaufgaben des diesjährigen Verbandsstages sein. Die Erregung, die sich in den Reihen unserer Mitglieder heutzutage macht, hat ihre Ursache in der allseitig als notwendig anerkannten „Finanzreform“, die der Verbandsstag beschließen muß. Beitragserhöhung oder sparen und einschränken mit den Ausgaben — so lautet das Hauptwort. Persönlich wäre ich, genau wie früher, ein eifriger Befürworter einer Beitragserhöhung. Aber sachlich betrachtet, kann ich in diesem Jahre leider einer Beitragserhöhung nicht das Wort reden. Wenn ein Genußler so etwas schreit, ist er beschränkt, das zu begründen. Ich will mich dieser unangenehmen Pflicht nicht entziehen.

Ich bin mir klar: entweder mehr Einnahmen — also Beitragserhöhung — oder Einschränkung der Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung. Als Angehöriger der Organisation wage ich mir nichts näher, als zu der heiklen Frage eines eventuellen Beitragserhöhung zu schweigen. Ich kann und darf aber nicht schweigen, weil ich der Überzeugung bin, daß die Frage der Beitragserhöhung in diesem Jahre eine ungleich wichtigere Bedeutung hat als in früheren Jahren. Gerade deshalb fühle ich mich verpflichtet, das Wort zu nehmen und mich nicht in Schweigen zu hüllen. Alles hat in gewisser Beziehung doch eine Grenze, und erst recht das Ausgeben von Geld für diejenigen, die nicht viel verdienen. Doch folgen wir unserer Verbandsstatistik vom Jahre 1907, da ließ es auf Seite 4:

Die männlichen Beteiligten mit den Lohnfähigen bis zu 11 Mk. sind fast durchweg jugendliche (18—24 Jahre) oder Invaliden, dagegen sind zu dem höchsten Lohn von 12 Mk. und wenig mehr schon eine erhebliche Zahl volljähriger Arbeiter beschäftigt. Rund 24 Prozent (17340) Beteiligte verdienen nur bis zu 18 Mk. und rund 26 Prozent (19010) mehr als 24 Mk. pro Woche. Bei der Hälfte der Beteiligten schwandt der Verdienst zwischen 19 und 24 Mk. pro Woche. Über 30 Mk. pro Woche kommen nur 4780 Beteiligte (= 3,6 Prozent) und über 35 Mk. nur 530 (aber weniger als 1 Prozent) hinaus.

Genau berechnet, stellt sich das Verhältnis wie folgt:

Es verdienen von je 100 Beteiligten:	
bis 12 Mk. pro Woche	1,12 Prozent
von 12—15 „	4,21 „
„ 15—18 „	17,49 „
„ 18—21 „	25,49 „
„ 21—25 „	31,12 „
„ 25—30 „	16,40 „
„ 30—35 „	2,35 „
über 35 „	0,72 „

Der durchschnittliche Wochenverdienst für alle beteiligten Arbeiter beträgt 22,08 Mk.; unter diesem Durchschnitt verdienen 41 267 Beteiligte.

Unsere Statistik zeigt uns, daß ein erheblicher Prozentsatz unserer Mitglieder leider nur bis zu 18 Mk. pro Woche verdient. Hierzu möchte ich bemerken, daß der Prozentsatz derjenigen, die unter 18 Mk. pro Woche verdienen, unter den Unorganisierten noch höher zu berechnen ist, als er in unserer Statistik zum Vorschein kommt. Ich veranschlage diesen Prozentsatz auf circa 33 bis 50 Prozent. Im Erzgebirge und natürlich auch noch in manchen anderen Teilen Deutschlands — Schlesien, Posen usw. — sind mir aus meiner Praxis Stundenlöhne von 18 bis 25 Pf. als gar nicht selten bekannt. Würden wir für diese Leute, die wir doch unter allen Umständen noch für die Organisation gewinnen müssen, einen höheren Beitrag als 40 Pf. — etwa gar 60 Pf. — einführen, so habe ich die Überzeugung, daß wir durch einen solchen Akt der Gesamtorganisation für 100 Mk. Vorteil und für 200 Mk. Schaden zufügen würden. Befürwortende sind es, die wir noch gewinnen müssen, die mit einem Wochenverdienst von 12—15 Mk. herangehen. Unser Beitrag von 40 Pf. pro Woche ist — gemessen an den Beiträgen anderer Organisationen und dem Einkommen eines großen Teils unserer jetzigen und noch zuwerbenden Mitglieder — durchaus auf der Höhe. Die normale Grenze ist meines Erachtens, wenn auch nicht gerade überschritten, so doch erreicht. Aber unsere Bestimmungen über den Bezug von Erwerbslosenunterstützung sind meines Erachtens durchaus richtig, daß sie allen Verufen die nur einmal in unsere Organisation vereint sind, in richtiger Weise Rechnung tragen.

Wir haben Berufsgruppen in unserer Organisation, von denen man mit aller Bestimmtheit sagen kann, daß 80 Prozent aller Berufsangehörigen in jedem Jahre pünktlich 2—4, ja sogar 5 mal soviel aus der Organisation an Erwerbslosenunterstützung herausgeholt, wie sie einbezahlen.

Für einzelnen Mitgliedern ließe man sich so etwas gefallen; dagegen gibt es kein Kraut. Aber ganze Berufsgruppen? Nein!

Das gilt für mich aus, geschweige denn mit unserm 40-Pf.-Beitrag. Warum haben denn die Bauarbeiterorganisationen keine Erwerbslosenunterstützung, wozu sie wohl derart hohe Beiträge erheben als wir! Diese Frage ist sehr leicht zu beantworten. Weil unmöglich! Ich bin überzeugt, hätten wir nur Arbeiter aus der chemischen und Papierindustrie in unserer Organisation, von einer Beitragserhöhung über 40 Pf. wäre jetzt keine Rede.

Die Einrichtungen unserer Organisation sind für ständige, nicht aber für mehr oder weniger unfähige Arbeiterkategorien zugelassen. Die Beiträge generell erhöhen, weil durch die Erwerbslosenunterstützung nach manchen Seiten, unser jetziger Beitrag entsprechend, viel Geld abfließt, halte ich für einen sehr großen Fehler vom Standpunkt der gesamten Organisation aus betrachtet. Stopfen wir die Löcher, auf denen das Budget herausfließt, züßig etwas zu. Und abwärts hätten wir in München die soviel sehr offenen Schulen nicht noch weiter öffnen sollen. Einen Fehler machen ist das Schlimmste nicht, wir sind alle Menschen, aber gemachte Fehler erkennen und sie wieder gut zu machen, das wird in Halle eine unserer Hauptaufgaben sein.

Meine Meinung ist: richtet wir unsere Organisation so ein, daß alle Mitglieder unter Wahrung strengster Gerechtigkeit zu ihrem wünschlichen Recht kommen.

Es kann natürlich nicht als gerecht bezeichnet werden, wenn einzelne Gruppen in jedem Jahre 2—4 mal soviel aus der Organisation herausgeholt, wie sie einzahlen. Ich erlaube mir — unter Beobachtung gleicher Rechte wie gleicher Pflichten für alle Mitglieder und weil unsere Organisation schließlich auch noch viele andre Aufgaben hat, als mit ihren bestehenden Beiträgen für Kranke und Arbeitslose zu sorgen — folgende Vorschläge:

1. Die Beiträge bleiben wie sie sind, nur müssen alle Mitglieder die einen höheren Stundenlohn als 40 Pf. verdienen, den 50-Pf.-Beitrag zahlen, sobald sie nicht mehr als 4 Kinder zu ernähren haben. Alle männlichen Mitglieder über 50-Pf.-Beitrag aber freiwillig zahlen. In eine niedrigere Klasse als bisher können Mitglieder nur eintreten, wenn der Stundenlohn um ca. 10 Pf. gegenüber niedriger wird.

2. Als Staffeldräge für die Erwerbslosenunterstützung schlage ich vor:

Nach einer Mitgliedschaft von	1 Jahr (52 Beiträge) für 18 Tage = 3 Wochen	2 Jahren (104 „ „ 36 „ = 6 „	3 „ (156 „ „ 54 „ = 9 „	4 „ (208 „ „ 72 „ = 12 „
-------------------------------	---	------------------------------	-------------------------	--------------------------

Als Unterstüßungssätze für den Tag und nach den Beiträgen bei einem Wochenbeitrag von

	20 Pf.	40 Pf.	50 Pf.
bei Krankheit und auf der Reise	60 Pf.	1,— Mk.	1,20 Mk.
bei Arbeitslosigkeit	80 „	1,20 „	1,40 „

Die von einem Mitgliede bezogene Anzahl Tage bei Erwerbslosigkeit werden laufend zusammengezählt, so daß, wenn eine Unterstüßung in jedem Jahre abgeht, nur für 3 Wochen Erwerbslosenunterstützung in jedem Jahre bezogen kann.

Wer die Höchstzahl erreicht hat, fängt wieder von vorn an und ist wieder bezugsberechtigt; wenn die Höchstzahl in 4 Jahren erreicht wurde, nach einer Vertragsleistung von 78 Wochenbeiträgen; wurde sie in 5 Jahren erreicht, nach einer Leistung von 52 Wochenbeiträgen, und wurde sie in 6 und mehr Jahren erreicht, nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen vom Tage der letzten Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an gerechnet.

Weiter würde ich vorschlagen, daß bei Annahme meines Vorschlages die in dem letzten 3 Jahren bezogene Anzahl Tage Erwerbslosenunterstützung zusammengezählt und auf die neue Staffeldräge in Anwendung gebracht wird.

Mein Vorschlag will also für alle Mitglieder ein gleiches Recht. Wer in jedem Jahre keine Unterstüßung abgeht, darf nicht in die Lage kommen, 2—4 oder gar 5 mal soviel bezahlen zu können, wie er einbezahlt. Diese bestimmten Gruppen, die ich im Auge habe, dürfen noch nicht einmal den eingezahlten Beitrag jedes Jahres voll abgeben können, denn sie können auch zu den andern Ausgaben der Organisation mit beitragen.

Unter normalen Verhältnissen dürfte ein Arbeiter kaum mehr als in jedem Jahre durchschnittlich 3 Wochen krank oder arbeitslos sein. Und für anomale Verhältnisse kann man bei unserm 40-Pf.-Beitrag — womit wir doch der Aufgaben viele zu erfüllen haben — nicht einsehen.

Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft soll der Hallenser Verbandsstag schaffen, hoffentlich erreicht er dies Ziel.

H. Kewring-Dresden.

Ich bin für eine Erhöhung der Beiträge entschieden nicht zu haben, wenn, und darüber sind wir uns einig, der Verband Geld braucht, so könnte man die Sache doch so machen, daß die Unterstüßung (Reiseunterstützung) geringer wäre; es würde ganz gut gehen, wenn man mit 1,20 Mk. nur 1 Mk. zahlen würde. Weiter müßten jene Kollegen, wie Bauhilfsarbeiter, Ziegler und ähnliche Saisonarbeiter, welche doch abfällig ihr Geld wieder herausholen, höhere Beiträge zahlen und geringere Unterstüßung erhalten. Wir sind Fabrikarbeiter, und Bauhilfsarbeiter gehören nicht zu uns. Wir als Arbeiter fällt es schwer, diese 45 Pf. zu bezahlen, ich bin entschieden für eine Kürzung der Unterstüßung und Befreiung der Beiträge auf dem jetzigen Stand.

Fried. Küchler, zurzeit auf der Reise.

Außer der Finanzreform, welche im Vordergrund des Verbandsstages steht, ist nicht minder wichtig der Punkt „Agitation“. In diesem Punkt einige Anregungen: Es betrifft die Agitation von Branchenkonferenzen. Trotzdem unser Verband so zahlreiche Industriezweige in sich vereinigt, wurde in dieser Frage doch bisher nur ein wenigiger Anfang gemacht. Nur ein Beispiel: Es sind nun 4 Jahre her, daß die Ziegeleiarbeiter für unsern Verband allseits in Frage kommen. Da müßte doch die Zeit zu einer Konferenz dieses Industriezweigs angebracht sein, zumal noch seit Jahren ein besoldeter Agitationsleiter dafür vorhanden ist. Nicht minder wichtig sind die Konferenzen für die übrigen Industriezweige. Solche Konferenzen erbringen wertvolles Material für die Agitation und die Statistik und sollte man sie möglichst alle zwei Jahre für jeden Industriezweig wiederholen. Der Kostenpunkt überwiegt hier bei weitem nicht die Nützlichkeit der Sache. Andre Verbände sollten uns hier als gutes Beispiel dienen. Hauptsächlich findet diese Anregung Gehör. Weiter sollte man endlich einmütig mit einem alten Kopf aufkommen. Es betrifft dies die Ausschreibung von Werbungs-Offerten. Die Behandlung und Beschreibung von einem halben Duzend Aufgaben und Fragen in der Offerte sollte endlich verschwinden. Andre Verbände und Vereinigungen sind längst davon abgekommen. Lebenslauf und Berufsbeschreibung genügen überall und sollte dieses auch in unserm Verbands Nachahmung finden.

J. K.

Ich halte eine Beitragserhöhung nicht für unbedingt nötig. Denn der 50-Pf.-Beitrag wird doch bezahlt, um die Fälle zu erleichtern. Bei uns auf dem Lande, wo wir mit niedrigen Löhnen zu rechnen haben, ist es schwer, die Mitglieder für den höheren Beitrag zu gewinnen; trotzdem haben wir in Anbetracht dessen, daß der Verbandsstag wohl doch einen höheren Beitrag beschließt (denn der Vorstand legt ja die Wahlberechtigte so zusammen, daß fast ausnahmslos Angehörige als Delegierte gewählt werden, welche wiederum nur aus größeren Städten sind und infolgedessen auch für den höheren Beitrag stimmen), so muß und muß der 50-Pf.-Beitrag eingeführt, so daß jetzt von 113 Mitgliedern 112 den 50-Pf.-Beitrag leisten; ja, wir sagen gleich jedem, der als Mitglied aufgenommen sein will, daß wir nur 50-Pf.-Beiträge erheben. Nun gibt es aber Gegenden, wo schon der 40-Pf.-Beitrag als Last empfunden wird, wegen der sehr geringen Löhne. Die Delegierten sollten es sich wohl überlegen, ehe sie für einen höheren Beitrag stimmen, ob das auch im Interesse des Verbandes liegt. Es sind fast nur keine Poststellen auf dem Lande und in den

kleinen Städten, aber viele Bemühungen machen ein Ziel. Die Beitragserhöhung wird: einen Mitgliederverlust nach sich ziehen, der die höchste Mehrereinnahme in eine Mindereinnahme umwandeln würde. Weil aber nun, wie schon gesagt, immer Angehörige aus den Städten mit großer Mitgliederzahl die Delegierten zum Verbandsstag stellen, so wäre es doch an der Zeit, den Vorstand zu erziehen die ständigen und heimstädtischen Poststellen zu Kapiteln zusammenzufassen und die Städte mit 500 und mehr Mitgliedern für sich wählen zu lassen; es soll dadurch bewirkt werden, daß auf dem Verbandsstag mehr Ausgleich zwischen Stadt und Land geschaffen wird. Nun wurden von verschiedenen Kollegen Staffeldräge in Vorschlag gebracht; dafür bin ich nicht zu haben, weil dann eine scharfe Kontrolle sein müßte, um festzustellen, wie hoch der Verdienst ist; es würden sich da Schwierigkeiten ergeben, welchen wir nicht gewachsen sind. Das jeder nach seinem Belieben zahlen soll, geht aber auch nicht. Da ist ein fester Einheitsbeitrag das Beste. Nun noch ein Wort über die Unterstüßungssätze. Sämtliche Sätze mit Ausnahme der 9. und 10. Wochenunterstützung beim 50-Pf.-Beitrag sollten bestehen bleiben, also nach 312 Wochenbeiträgen 96 Mk. Unterstüßung als Höchstgrenze. Ferner müßte bei Krankheit vom 3. Tage ab und bei Arbeitslosigkeit vom 3. Tage ab Unterstüßung gezahlt werden.

G. Gutschke, Biele.

Anmerkung der Redaktion. Eine Anzahl Zuschriften, die sich mit dem Verbandsstag beschäftigen, müssen ungedruckt bleiben, weil sie nur Wiederholungen oder inhaltlose Diskussionen enthalten. Wir bitten die Schreiber, das nicht äbel bemerken zu wollen.

Streits und Lohnbewegungen.

— Streits und Differenzen zwischen: Nürnberg (Papierfabrik, Kohlenstofffabrik), Pösch (Chem. Fabrik), Pommerehndorf bei Stettin (Chemische Fabrik), Nürnberg (Metzgerfabrik), Mügeln (Dampfpapierfabrik). Bezug nach dem angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen in der Zinkhütte Garburg im 1. Halbjahr 1910.

In Merlischen Guano- und Phosphatwerke wurden bei Einstellung des alten Betriebs und Übernahme der Arbeiter in den neuen Betrieb die Arbeiter in ihrem Verdienst gleichgestellt. Die Arbeiter beauftragten die Arbeitsverwaltung, bei der Firma Anträge auf Erhöhung der Löhne bei einzelnen Arbeitern zu stellen. Bei den Unterhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß erklärte sich die Firma bereit, die Ertragssteigerungen beim Magnesiumhütten so lange zu zahlen, bis die Entlastungsmaschine aufgestellt sei. Die Reduzierungen beim Abende-Verladen sowie beim Zusammenstellen der großen und kleinen Schleuder wurden zurückgenommen. Mit diesem Erfolg gab sich die Arbeiterschaft zufrieden.

In der Imprägnieranstalt B. Göttinger, A.-G. Buchholz, legten am 8. März die Kränker die Arbeit nieder, weil der neue Betriebsleiter die neben dem Talig bestehenden mündlichen Vereinbarungen nicht umsetzte. Die Löhne wurden fast sofort andere Arbeit. Die Arbeit war ohne jede Beachtung der Verbandsinstanzen eingestellt worden.

Die Arbeiterschaft der Norddeutschen Gemischen Fabrik reichte Ende April Forderungen ein. Nach dreimaliger Unterhandlung zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß wurde folgendes bewilligt: Erhöhung der Abordolage bei Misul auf 70 Pf., bei Schwefel auf 5 Pf., bei Schmelze auf 55 Pf., Überstunden werden mit 15 Pf. vergütet. Ferner wurden die Tagelöhne für Hofarbeiter von 3,70 auf 4 Mk. erhöht.

In der Chemischen Fabrik Garburg-Staffurt wurde durch Vorstellungsverhandlungen der Arbeiterausschuß erreicht, daß die im Vorjahre vereinbarte Zulage von 1 Pf. pro Stunde, die am 1. Oktober d. J. in Kraft treten sollte, schon am 1. Juli gezahlt wird. Der Mindestlohn beträgt dann 4 Mk. pro Tag.

In der Garburger Kohlenäurewerk von Dr. Steinkamp u. Co. erreichte die Arbeiterschaft im Kohlenäurewerk und im Sauerbrunnen eine Erhöhung von 10 und 20 Pfennig pro Tag.

Am 14. März wurden im Delwerk Teutonia Lohnforderungen eingereicht. Nach wiederholter Verhandlungen kam eine Einigung zustande. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 12 auf 8 Stunden für 10 Arbeiter; an Lohnhöhe: für 1 Arbeiter 75 Pf., für 3 Arbeiter 90 Pf. und für 203 Arbeiter je 30 Pf. pro Tag; bei Betriebsstörungen und Sonntagsarbeit erhalten die Schichtarbeiter gleichen Schichtlohn bei 10stündiger Arbeitszeit. Die Zulage tritt mit rückwirkender Kraft ab 1. April in Kraft.

Die Arbeiterschaft der Delfabrik Fr. Thörl beauftragte Anfang April den Arbeiterausschuß, bei der Firma eine Zulage von 40 Pf. pro Arbeiter und Tag resp. Schicht, für Überstunden 25 Prozent Zuschlag, wie früher, und für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag zu fordern. Dies geschah. Nach einigen Unterhandlungen erklärte sich die Firma bereit, eine Lohnhöhe von 20 Pf. ab 2. Mai und vom 23. Mai 1910 ab eine weitere Aufbesserung von 5 Pf. pro Arbeiter und Tag zu zahlen.

In der Garburger Delwerk Brinkmann u. Kergell reichte die Arbeiterschaft am 21. April Forderungen ein. Nach mehrmaligen Unterhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß und der Firma wurde für 275 Arbeiter eine Erhöhung von durchschnittlich 20 Pf. pro Tag zugestanden.

In der Palaterrndfabrik Koch u. Co. wollte die Arbeiterschaft Forderungen einreichen. Die Firma erfuhr davon und ließ den Arbeitern dadurch zuvor, daß sie in einem Anschlag bekannt gab, daß sie in Zukunft Prämien zu dem bisherigen Lohn zahlen würde. Die Prämienhöhe schwankte zwischen 25 Mk. nach einjähriger und 80 Mk. nach fünfjähriger Beschäftigung im Betriebe. Die Arbeiterschaft gab sich mit dem Zugeständnis zufrieden.

Eine Lohnbewegung in der Papierfabrik F. H. Eppen-Wilfen endete mit einem Teilerfolg. 30 Arbeiter auf dem Goldbergsaal erhielten je 2,75 bis 2,95 Mk. pro Woche Lohnhöhe. Am Amselbender und am Kalander wurde der Tagelohn von 2,25 auf 3 Mk. erhöht und 8 Arbeiterinnen erhielten 10 Pf. Zulage pro Tag. Hier fehlt es noch sehr an der Einigkeit und dem Mut der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft der Firma Gebr. Salomon, Luppens- und Brauereiarbeiter, forderte am 28. April Erhöhung der Tage- und Abordolage. Die Firma machte einige Zugeständnisse, die Arbeiterschaft lehnte dieselben ab und trat ohne Zustimmung der Verbandsleitung in den Streik. Nach 5 Tagen wurde der Streik als aussehungslos aufgehoben.

Im ersten Male fand die Arbeiterschaft der Firma Schleinger u. Co. den Mut, mehr Lohn zu fordern. Die Direktion legte den Arbeitern 1 Mk. den Arbeiterinnen 50 Pf. zu, machte aber vorher einen Vorstoß, daß „ihre“ Arbeiter sich auch „aufheben“ ließen.

In der Garburger Stärkefabrik Fr. Thörl wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, bei der Direktion ein Lohnverhandlung vorzubereiten zu werden. Nach mehreren Unterhandlungen gelang die Firma folgende Lohnhöhe zu: für 13 Arbeiter je 10 Pf., für 7 Arbeiter je 11 Pf., für 4 Arbeiter je 12 Pf., für 6 Arbeiter je 20 Pf., für 2 Arbeiter je 22 Pf., für 4 Arbeiter je 30 Pf. und für 2 Arbeiter je 40 Pf. pro Tag. Dabei wurden die niedrigsten Löhne an unsren erhöht, damit sich die Löhne gleichmäßig gestalten. Der Anfangslohn ist dadurch von 3,20 Mk. auf 3,80 Mk. gestiegen.

In der Garburger Fischindustrie J. Beetje stellten am 7. Januar sämtliche 90 Arbeiterinnen die Arbeit ein, weil sie als Antwort auf eine Lohnforderung nur leere Erstattungen erhielten. Nach mehrmaligen Verhandlungen gelang die Firma 20 Pfennige Lohnhöhe pro Tag zu. Die Arbeiterinnen nahmen nach halbtägiger Streik die Arbeit wieder auf. Wie das aber so häufig ist, daß die Organisation nach dem Erfolg schnell nassieren wird, so auch hier. Als der Erfolg erlangen war, hatten die Arbeiterinnen für den Verband nichts mehr übrig. Und die Folge: Als die Firma das

Aus der chemischen Industrie.

Die Krankheiten chemischer Arbeiter.

Dr. Theodor Wehl in Charlottenburg, der bekannte Gewerbehygieniker, urteilt über die Berufsgesfahren der chemischen Industrie in seinem neuen „Handbuch der Arbeiterkrankheiten“, indem er sagt, daß es neben der chemischen Industrie wohl keine andere gebe, deren Arbeiter in gleichem Maße durch die verschiedenartigsten und mannigfaltigsten Schädlichkeiten heimgegriffen werden können. Bald sind es Vergiftungen, Haut- und Augenkrankheiten, bald Verletzungen durch Explosionen von Sprengstoffen, bald Verbrennungen und Verbrühungen, bald Stürze von Treppen und Leitern, die ihnen drohen.

Was die Unfälle anlangt, so treten die Unfälle durch Maschinen in den Hintergrund gegenüber den Unfällen durch Gase, heiße Dämpfe und glühende Metalle, durch Fall von Leitern und Treppen beim Auf- und Absteigen, sowie durch Splitter und elektrische Leitungen. Von den Todesfällen entstehen die meisten auf die Einwirkung von Gasen, heißen Dämpfen und glühenden Metallen, ferner auf die Wirkung der Sprengstoffe.

Was die Vergiftungen anlangt, so ereigneten sich in den höchsten Farbwerten im Laufe von 10 Jahren 129 Vergiftungen, also etwa 13 im jährlichen Durchschnitt. Nach Grandhomme entfallen auf 100 chemische Arbeiter 2,5 Vergiftungen. Unter den Vergiftungen stehen Nitrobenzol- und Anilinderivaten obenan. Entfielen doch auf ca. 128 Vergiftungen allein 90 Fälle auf Anilinderivaten.

Von den wichtigsten Vergiftungen im einzelnen sind zu nennen: die Chlorvergiftung. Sie führt selten zum Tode, weil wegen Verschlusses der Stimmröhre selten große Mengen in den Körper gelangen. Werden kleinere Mengen eingeatmet, so entstehen starker Hustenreiz und Atemnot. Daneben gibt es dann eine chronische Chlorgasvergiftung, die sich durch blasse Gesichtsfarbe und chronischen Katarrh zu erkennen gibt. Zur Verhütung sind ausgiebige Ventilationseinrichtungen, Gelegenheit zu Bädern und besondere Arbeitskleider nötig.

Die Chromvergiftung äußert sich in Geschwürsbildung und Durchlöcherung der Nasenschleimhaut, aber auch an Erkrankungen des Atmungs- und Verdauungsapparats leiden die mit Chrom beschäftigten Arbeiter. Die Vergiftung entsteht zumeist durch Einwirkung der Chromlösungen auf die Haut, ferner durch Einatmung und Verschlucken pulverförmiger chromsaurer Salze. Die Geschwüre, die sich außer an der Nase noch an anderen Hautstellen zeigen, setzen der Heilung großen Widerstand entgegen.

Als Vorbeugemaßregeln sind zu beachten: Anmahlung aller Verkleinerungsapparate für die Rohmaterialien und Staubabsaugung. Regelmäßige Untersuchungen der Chromarbeiter auf beginnende Chromvergiftungen. Waschgelegenheiten und Bäder müssen zur Verfügung stehen. Die Verpackung ist staubfrei zu gestalten.

Die Manganvergiftung entsteht in unzweckmäßig eingerichteten Betriebsräumen, also in solchen, die zu eng sind oder mit mangelhaften Lüftungseinrichtungen versehen sind. Die Symptome sind: allgemeine Mattigkeit und Schwäche in den Gliedern, dann folgen nervöse Störungen, Gehstörungen, Schmerzen und Schwellung der Beine. Dann wird das Gehirn in Mitleidenhaftigkeit gezogen; das Gedächtnis leidet und die Intelligenz. Hat die Krankheit eine solche Größe erreicht, so sind die Aussichten auf Wiederherstellung ungünstig. Vermieden kann die Manganvergiftung werden, wenn die Arbeitsstätten gut gelüftet, staubfrei und geräumig

sind, wenn die Handarbeit durch mechanische Arbeit ersetzt wird.

Bei der Herstellung von Antipyrin wurden Vergiftungen durch SO2 beobachtet, die meist leicht mit Schwindel, Doppeltsehen, Kopfschmerzen und vorübergehender Benommenheit verlaufen. Um dieser Vergiftung vorzubeugen, ist möglichst ausgiebige Lüftung der Arbeitsräume notwendig.

Die Benzolvergiftung erfolgt meist durch Einatmung in den Leerdistillationen, und zwar hauptsächlich beim Öffnen und Reinigen der Destillationsgefäße. In den leichteren Fällen klagen die Vergifteten über Schwindel und Krabbeln in den Fingern. Die schweren Fälle gehen mit Zittern, Krämpfen und länger dauernder Bewußtlosigkeit einher. Nach Einatmung großer Benzolmengen sind tödliche Vergiftungen beobachtet worden. Auch bei Einwirkung des Benzols auf die Haut sind Allgemeinerscheinungen aufgetreten. Die vergifteten Arbeiter müssen so schnell wie möglich an die frische Luft gebracht und mit Stärkungsmitteln, wie Kampher und Wodka, behandelt werden.

Nitrobenzolvergiftungen erfolgen fast ausschließlich durch Einatmen des in der Luft des Arbeitsraumes verteilten Giftes. Auch bei Benutzung der Arbeitskleider geschieht die Aufnahme des Giftes in den Körper. Das Nitrobenzol wirkt entweder sofort oder auch noch nach Stunden. In den leichteren Fällen klagen die Kranken über allgemeines Unbehagen, Brennen im Munde, Prickeln auf der Zunge. Lippen und Gesicht sind leicht bläulich. In schweren Fällen treten hinzu: Schläfrigkeit, Angst, Krämpfe, unregelmäßige Atmung, blaue Verfärbung der Haut, der Atem und das Erbrochene riechen nach bitteren Mandeln. Der Ausgang ist entweder Genesung oder Tod. Die Vergifteten müssen sofort aus der giftschwangeren Atmosphäre entfernt werden und erhalten zur Atmung reinen Sauerstoff. Auch künstliche Atmung ist am Platze.

Die Nitrobenzol- und Kobaltvergiftung kommt durch Aufnahme des pulverförmigen Giftes in den Magen und durch Einatmung von Nitrobenzoldämpfen in einem Fabrikraum zustande. Schon das Schlafen in Räumen, deren Fußboden durch Nitrobenzol verunreinigt ist, kann die Vergiftung erzeugen. Die Symptome erstrecken sich hauptsächlich auf den Magen: es bestehen Appetitmangel, Magenbeschwerden, Diarrhöen. Die Gegend des Magens ist schmerzhaft, die Leber vergrößert, daneben Gelbsucht der Haut und der Schleimhäute. Alle bisher beobachteten Fälle sind genesen. Diese Vergiftung kann vermieden werden durch Sauberkeit der Arbeitsräume, der Hände und der Arbeitskleider. Wenn möglich, sollen die Arbeiter Gesichtsmasken mit Respiratoren und Gummihandschuhe benutzen. Alkohol sollen sie nicht genießen, weil dieser das Gift löst. Während der heißen Sommertage ist die Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden zu verkürzen.

Die häufigste Vergiftung in den chemischen Fabriken ist die Anilinderivatenvergiftung, entweder durch Aufnahme des dampfförmigen Anilins mittels der Lungen oder durch Benetzung der verletzten oder unverletzten Haut. Heiße Lufttemperatur und schlechte Lüftungseinstellungen begünstigen die Aufnahme des dampfförmigen Giftes durch die Atmung. Gefährdet sind auch diejenigen Arbeiter, welche die Anilinfässer reparieren und reinigen. Man unterscheidet eine akute und eine chronische Form der Vergiftung. Die erstere tritt in leichteren, mittelschwerer und schwerer Form auf. In den leichteren Fällen gleicht der Zustand der einer leichten Trunkenheit, der Kopf ist eingenommen, der Gang taumelnd; das Gesicht fahl, die Lippen blau. Der Anfall geht in einigen Stunden vorüber, wenn der Erkrankte die Giftatmosphäre

rechtzeitig verläßt. In schweren Fällen, die dann zustande kommen, wenn längere Zeit stark anilinhaltige Dämpfe eingeatmet wurden oder wenn die Kleidung des Arbeiters mit Anilin durchtränkt war, steigern sich die Symptome, die Lippen werden dunkelblau, der Kranke stürzt zu Boden, die ausgeatmete Luft zeigt deutlichen Anilingeruch. Auch diese Fälle gehen nach einigen Tagen in Genesung über. In noch schwereren Fällen, die aber sehr selten sind, erfolgt der Tod unter Bewußtlosigkeit und Krämpfen. Bei den chronischen Formen werden nervöse Magenstörungen beobachtet. Neuerdings ist von Prof. Mehn in Frankfurt auf das häufige Vorkommen von Blasen- und Nierenkrankheiten bei Anilinarbeitern hingewiesen worden. Seit 1895, wo die ersten Beobachtungen gemacht wurden, verfügt dieser Arzt über 21 derartige Fälle, die aus den höchsten und Griesheimer Farbwerten stammten. Auch anderwärts wurden diese Beobachtungen gemacht. Die Arbeiter waren 8—24 Jahre in den Fabriken beschäftigt; in den meisten Fällen handelte es sich um bösartige Geschwülste, Krebs usw. Hinsichtlich der Verhütung von Anilinderivatenvergiftungen ist zu verlangen: vorzügliche Lüftungseinrichtungen, Reinigungsbäder beim Waschen der Haut und der Kleider. Die Vergifteten sind bei den ersten Anzeichen sofort aus dem Arbeitsraum zu entfernen. Besondere Vorsicht ist nötig beim Reinigen und Reparieren der bei der Herstellung des Anilins benutzten Apparate.

Dr. med. Hanauer.

× Bezahlung von Wohlfahrtsarbeitern.

Zur Wiesbörker Erholungsanstalt der Farbenfabriken werden die Besucher durch Plakate aufgefordert, den Kellnern kein Trinkgeld zu geben. Der Besucher ist davon zumeist angenehm überrascht und denkt erst, daß hier den Kellnern ein guter Lohn geboten ist. Wie uns aber von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist gerade das Gegenteil der Fall. Die Kellner erhalten bei täglich sechs- bis achtstündiger Arbeitszeit pro Monat ganze fünfzehn Mark Lohn — bei freier Station. Davon gehen noch 1,50 Mk. ab für Beiträge zur Invalidenversicherung und Krankentasse. Dabei haben die Kellner zierlich 100 bis 120 Hektoliter Bier pro Monat umherzubringen. Außerdem müssen sie zahlreiche Hausarbeiten — Fensterputzen usw. — verrichten.

Jedenfalls kann diese Entlohnung keinen Anspruch auf „Anständiglichkeit“ machen.

× **Ferienheim.** Am 29. Juni wurde eine öffentliche Versammlung für die Carlshafen Arbeiter einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Der Streik der chemischen Arbeiter in Griesheim und welche Lehre zieht die Arbeitererschaft daraus?“ Kollege Luft-Frankfurt referierte und legte den Erscheinungen die Notwendigkeit der Organisation nahe. Leider war der Versammlungsbesuch sehr mangelhaft. Die Griesheimer Kollegen scheinen sich in ihren Verhältnissen recht wohl zu fühlen, welche vor 4 Jahren durch den indirekten Einfluß des Fabrikarbeiterverbandes erungen worden sind. Die ungeheuren Gewinne der Unternehmer beweisen jedoch, daß die Ausbeutungsmöglichkeit der chemischen Arbeitererschaft eine ziemlich große ist und die gezahlten Löhne in keinem Verhältnis zu den hohen Dividenden stehen. Gerade die dortige Arbeitererschaft hätte die bekannte Pflicht, sich mehr als bisher um Verbesserung ihrer Lage zu kümmern. So wurde die Abklärung der 10jährigen Wartezeit zur Erlangung eines ständigen Urlaubs Gegenstand einer längeren Debatte und das Ergebnis derselben in Form einer Resolution der Betriebsleitung übermitteln. Bei dem schwachen Versammlungsbesuch wird es aber fraglich sein, ob die Direktion der Resolution genügende Beachtung schenkt. Wäre dies der Fall, dann hätten die Arbeiter selbst Schuld daran, daß eine solche Verbesserung, welche in Höchst und Oberfeld bereits besteht, nicht eingeführt wird.

× **Subwigshafen.** Die Giulini'sche Säurefabrik hat ihre Arbeiterkantine an einen Wirt verpachtet; sie übernimmt aber die Garantie, daß die im Laufe der Woche an die Arbeiter geborgenen Waren von den Arbeitern bezahlt werden. Dieses Verhältnis hat schon zu vielen Annehmlichkeiten geführt. Der Kantinewirt, Müller ist kein Name, kommt durch die gefährliche Kontrolle mit dem Bureaupersonal in enge Berührung und ist oftmals über Sachen unterrichtet, die er zu seinem Vorteil ausnutzt. In der Giulini kommen häufig Lohnpändungen wegen Steuerrückständen vor. Bei den in der Giulini üblichen Löhnen ist das ja erklärlich. Herr

Brüssel und die Weltausstellung.

III.

Die Rue Haute (Hohe Straße) ist die Verkehrs-, Geschäft- und Vergnügungszentrale des Marollierviertels. Sie hat 114 Kneipen, 24 Ballotale und 1000 Spielstätten, in denen allerhand Waren, wie Herrenanzüge, Petroleum, Käse, Holzschuhe, Schokolade, Seife, Briefpapier, Badpflaumen und gefärbte Damenwäsche neben und durcheinander liegen. Die Barbierstuben sind sämtlich mit einer Kneipe verbunden und vom Gastzimmer nur durch einen Vorhang, einen Schrank oder auch gar nicht getrennt. Diese Kombination gleicht der berühmten Kneipe, die drei Fliegen zugleich schlägt. Der Wirt macht gute Geschäfte, dem Barbier laufen die Kunden nicht weg und die des Schermessers harrenden langweilen sich nicht. Daß die unter der Säge oder dem Messer fallenden Haare im Bier- oder Schnapsglas ein frohliches Wiedersehen feiern, will bei so vielen Vorteilen nichts befehlen.

Daß fast jede Kirche des Viertels ein Karussell als Nachbar hat, ist gleichfalls probat. Wenn Pastor und Karussellbesitzer gute Freundschaft halten, helfen sie sich gegenseitig aus. Sonntags spielt die Kirchenorgel Karussellmusik und Wochentags der Leiterkasten Kirchenchorale. Gehört habe ich das zwar nicht, aber ich sehe nicht ein, warum es anders sein sollte. In einem Falle bin ich mit meinen erkenntnistheoretischen Betrachtungen sitzen geblieben; in einem scheintbar lächerlich einfachen Fall überdies. Der Eingang eines Ballotals führt durch ein — Weerdigungsgeheimnis. Warum? Ergiebigste Motive anzunehmen widerstrebt meinem Skeptizismus, materielle zu finden reicht mein Scharfsinn nicht aus. Ich begnüge mich also damit, die Tatsache hier mitzuteilen.

In den Querstraßen der Rue Haute spielt sich das Familienleben der Bewohner ab — wenigstens an schönen Sommertagen. Vom Säugling bis zum Greis liegen, sitzen und stehen sie draußen. Männer rauchen, trinken, erzählen oder spielen Karten auf den seitlichen Erhöhen — Erotische kann man unmöglich sagen — der Straße; Frauen liegen oder sitzen ebendort und spielen Lotto, Domino oder verrichten Hausarbeiten. Eine junge Frau sitzt auf einem umgestülpten Topf und stillt ihr Kind, eine ältere sitzt auf dem Rande einer Waschtasse und wäscht sich die Hände — bis über die Knie. Hunderte von Kindern lachen, lärmen, singen und spielen. In einem der lichtarmen Höfe, die man nur durch einen tunnelartigen Gang erreicht, stehen zwei junge Mädchen — sie zählen 16—18 Lenz — an einer großen Wanne und waschen sich und ihr Sonntagsgewand. Natürlich haben sie es dabei ausgezogen. Ein kurzes Mädchen ist ihr einziges Kleidungsstück. Ich ziehe mich distret zurück, habe aber nicht die Empfindung, daß ich sonderlich gestört hätte.

Zwischen dem Menschenmangel auf der Straße schieben sich Händler aller Art hin und her. Braune Orientalen bieten den lästernsten

jungen Mädchen glühenden Tand an; Simonadenhändler zapfen aus einem dreieckigen, orgelpfeifenähnlichen Wedgegefäß, das sie auf dem Rücken tragen, rot- und grünfarbiges Erfrischungsgetränk für 5 Cts. das Glas. Die zwei Gläser, die an zwei Drahtstangen hängen, sind blühsauer; sie werden aber auch, um Wasser zu sparen, nach jedem Gebrauch mit einem dreieckigen — das „ei“ kann auch fehlen — **Wendeschürz** unter Zuhilfenahme der Zunge abgerieben. Fast an jeder Straßenecke halten Handwagen mit Schneeden und kleinen Mühlsteinen. Die Schneeden werden in einer Schüssel mit warmem Wasser gelblich, mit einer Gabel geschickt und geschwind herauf geholt, in der Schüssel kurz geschwenkt und dann dem Käufer in den Mund gestopft. Daß das Wasser in der Schüssel in der Farbe der Tinte gleicht und vor Schmutz so dick ist wie Erbsendrei, scheint weder den Verkäufer noch den Käufer zu genieren. Ein junger Mann tumte sogar die harte Semmel, die er zu den Schneeden auf, noch in die appetitliche Flüssigkeit. In keinen Läden werden in Fett gebämpfte Kartoffeln und Schneeden oder Mühlstein für 20 Cts. pro Portion abgegeben. Ledige Personen und Familien, in denen Mann und Frau arbeiten, holen hier den Hauptteil ihrer Mahlzeiten. Ein Hauptnahrungsmittel scheinen hier — im Viertel der Marollos — getrocknete Flundern zu sein. Unzählige Wagen ziehen damit durch die Straßen. Die Fische werden in Portionen zu 10 Centimes, aber auch im ganzen verkauft. Geessen werden sie teils sofort ohne Gewürz und ohne Salat, teils auch mit Salz zu Brot oder Kartoffeln.

Das Handeln und Feilschen endet selten vor Mitternacht. Brüssel kennt keine Vorschriften über den Schluß der Läden und Verkaufsstände. Abends um 11 und 12 Uhr kann man noch Einkäufe aller Art machen, bezugnehmend am Sonntag von früh bis spät. Durch Gesetz ist allerdings bestimmt, daß Sonntags Personen, die gegen Lohn beschäftigt sind, in Verkaufsständen nicht beschäftigt werden dürfen, aber das läßt sich ja so funderleicht umgehen. Der Schluß der Läden wird nicht angeordnet, weil die „Freiheit der Bürger“ nicht beschränkt werden soll. Ueberhaupt tut sich der Belgier auf seine „Freiheit“ sehr viel zugute. Vielleicht hat aber der deutsche Genosse recht, der mir achselzuckend erklärte: Die belgische Freiheit ist die Freiheit der Schlauperei — durch etwas deutsche Ordnung könnte diese Freiheit nur gewinnen.

Ein Beispiel für viele. An einem Flunderwagen standen mehrere Frauen in eifriger Unterhaltung. Plötzlich stellt die eine den rechten Fuß auf die angrenzende Bordsteine — ich höre, wie durch die laute Unterhaltung der Frauen ein leises verdächtigendes Rauigen klingt und ich sehe — daß da eine Handlung verrichtet wurde, die für den menschlichen Organismus sehr nötig, der Hygiene und Sauberkeit der Straße aber gar nicht förderlich ist. (Nebenher: In dieser Hinsicht scheinen unsre belgischen Nachbarn überhaupt weniger empfänglich zu sein. In der Ausstellung sah ich in der belgischen Abteilung für Bijouterien nette Uhren, die aufsteigend für den Damen-Touletier

bestimmt waren. Ein bronzener Jüngling steht in paradiesischer Unschuld und Kleidung auf einem Granitblock, in der linken Hand jenes Glied, dem die sinnentfrohen Griechen und Römer göttliche Verehrung schenken, das aber heute nur noch lateinisch, ungeschrieben („Mann ohne Ohren“) sagen die Pariser) oder gar nicht genannt werden darf. Von der Spitze des Gliedes ober zog sich ein glühender Silberfaden herab zu einer kleinen Uhr, die zu Füßen des Jünglings stand. Durch das Uhrwerk wurde der Silberfaden in steter Drehung erhalten, so daß es aussah, als ob — nun als ob Gott Priapos das Uhrwerk triebe. Das Werkchen fand viele Bewunderer und viel verständnisvoller Weisheit, denn — wenn ich bestreiten dürfte, daß der „Proletarier“ auch höheren Tugenden und Verheißungen in die Hände käme, würde ich hier einhalten: Halt die Augen zu und seht durch die Finger — der pfeifende Jüngling ist die naturgetreue Nachbildung des sogenannten „Mannens-Bis“, eines im Anfang des 17. Jahrhunderts angefertigten bronzernen Jünglings, der in Lebensgröße hinter dem Rathaus steht und dort auf so natürliche Weise das Wasser in einen immer fließenden Brunnen spendet. Die geheimnisvollen Meereseisener, die in den Springbrunnen unsres deutschen Vaterlandes aus aufgeblasenen Blasen und sonstwoher Wasser speien, sehen nicht halb so nett, freundlich und sauber aus.)

Die schon erwähnten Ballotale sind täglich geöffnet. Ihre Kundenschaft ist bunt und wechselnd. Der Straßenhändler, der ein gutes Geschäft gemacht hat, die Arbeiterin, die eine Pause hat, die Frau oder das Mädchen, das Einkäufe besorgt, kurz, wer einen Augenblick Zeit, zwei Centimes und Lust zum Tanz hat, kehrt hier ein, dreht sich bei gelbem Halbmond in einer blau-grauen Staubwolke einige Male herum und geht dann nieder.

Die zahlreicheren, richtigere zahllosen Destillationen und Restaurationen, die durchweg nach der Straße zu geöffnet sind, zeigen ein abstoßendes Bild. Die Besucher stellt nämlich zum großen Teil das weibliche Geschlecht. Allein und truppweise sitzen hier junge Mädchen, reife Frauen und betagte Matronen und zechen. Di nur Bier, oft aber auch Schnaps, und zwar aus Gläsern, die der Hannoveraner mit dem bezeichnenden Namen „Kolschott“ belegt. Neben den Frauen aber sitzen, stehen und trinken die — Kinder. Ich sah eine junge Frau, die ihr Kind fängte und dabei tapfer dem Schnaps-gläse zupfachte, und ich sah eine alte betagte Greisin, die ihre Kräfte neben sich und ein gefülltes Glas vor sich stehen hatte. Ich sah auch einen Trupp betrunkenen Weiber, der jugend und großend durch die Straße zog. Und dann dachte ich daran, daß Belgien das Land des Alkoholismus ist, in dem ein wahrer Heuschreckenschwarm von Ordens- und Klosterbrüdern, ganzen und halben Pfaffen die „Erziehung“ des Volks in die Hand genommen hat.

Seit dem Jahre 1895 steht das belgische Schulwesen völlig unter kirchlichem Regiment; nur die Großstädte haben sich teilweise davon

Müller ist sofort davon unterrichtet. Ist der Gefährdete ein guter Kunde der Kantine, dann herrscht Mitleid, ist er aber weniger geneigt, sein Geld dort zu verkehren, dann wird die Sache ordentlich breitgetreten. Um Weiterungen zu vermeiden, gehen diese Arbeiter dann auch fleißiger in die Kantine. Neueingestellte Arbeiter dürfen bis zu vier Wochen im Tagesdurchschnitt für 1,50 Mark Waren aus der Kantine auf Kredit entnehmen. Das Geld dafür wird ihnen bei der Lohnzahlung abgebogen. Ob mit oder ohne Wissen der Direktion, ist uns leider nicht bekannt. Bei länger im Betrieb beschäftigten Arbeitern stellt sich der Herr Müller bei der Lohnzahlung neben sie und verlangt sein Geld, noch ehe es der Arbeiter richtig erhalten hat. Zahlt der Arbeiter nicht sofort, so wird Gewalt angewendet, ev. auch Prügel. In letzter Zeit hat Herr Müller wiederholt nach Art des Faustrechts sein Geld eingepreßt. Einer der Verprügelten trägt noch heute die Spuren der Schläge im Gesicht. Bei den Arbeitern besteht nicht einmal die Absicht, den Kantineuwirt zu betrügen. Sobald der Arbeiter seine Lohnung einsteckt oder sich vom Böhnungsstand entfernt, steigt bei Herrn Müller infolge der bisherigen uneingeschränkten Poschawirtschaft die fixe Idee auf, der Arbeiter wolle ihn betrügen. Das genügt ihm häufig, um handgreiflich zu werden. Hat ein Arbeiter seine Entlassung genommen oder wird er aufgehört, so wird der Kantineuwirt sofort benachrichtigt und erscheint bei der Lohnung. Wehe dem armen Sünder, wenn sein verdienster Lohn nicht ausreicht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Logisgeld ist Nebenfrage, wenn nur die (vielleicht nicht einmal freiwillig gemachten) Kantineuschulden begahlt werden. Für die fremden Arbeiter wird aber nicht nur durch Kredit in der Kantine gesorgt, sondern Herr Müller weist ihnen auch in seinem Verwandtenkreise sogleich Logis nach, selbstverständlich nur insoweit, als der Verwandtenkreis ausreicht, die gerade nicht geringe Anzahl der Neueintretenden aufzunehmen. Die Arbeitergehälter bleiben dann wenigstens in der Familie. Die Arbeiter verlangen hier nach Abhilfe. Anstatt dem Kantineuwirt das Geschäft zu garantieren, sollte die Firma dafür sorgen, daß den Arbeitern vernünftige Getränke billig zur Verfügung gestellt würden. Während der Arbeitszeit darf nur eine Flasche Bier mit in den Betrieb genommen werden. Aber in den Pausen und nach Feierabend darf Bier in Menge verzehrt werden. Ist doch die Kantine von morgens 5 bis abends 9 bzw. 10 Uhr geöffnet. Warum wird den Arbeitern während der Arbeitszeit kein Kaffee verabfolgt? Warum führt die Kantine keine Milch? Daß die Arbeiter auf solche Getränke verzichten, ist nicht wahr. Der Ruf nach Kaffee ist in jeder Versammlung laut geworden. Wo vernünftige Betriebsverwaltungen Milch zur Verfügung stellen, ist der Kantine muß für ausreichende Trinkgelegenheit gesorgt werden, denn die Arbeit ist flüchtig, feinkind und in vielen Betrieben muß bei hoher Temperatur gearbeitet werden. Das Trinkwasser ist nach allgemeiner Behauptung widerlich und riecht häufig. Ob das für alle Brunnen zutrifft, konnte nicht festgestellt werden. Jedenfalls ist ein Trinkwasserbrunnen vorhanden, dessen Wasser nicht einwandfrei ist. Also für zweckdienliche Getränke gesorgt, dann braucht die Firma keine Garantie für die Kantine zu übernehmen, der Kantineuwirt braucht nicht zu prügeln und die Arbeiter behalten ihr sauer verdientes Geld.

Eine gute Organisation ist das beste Mittel, um solche traurigen Mißstände zu beseitigen. Das mögen sich speziell die Christlichen Arbeiter endlich einmal hinter die Ohren schreiben.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.
Ausstellungspoese und -Prosa.

Denn Kalk und Sand sind Gold,
Wenn auch der Ziegler groß
Und während ich lebe;
Das geht zu weit.

Diese geistreichen Verse wurden auf dem Festessen der bei der Eröffnung der Ton-, Kalk- und Zementausstellung versammelten Vertreter des deutschen Vereins für die genannte Industrie unter behaglichem Schmunzeln gesungen. Wenn die wohlgenährten Herren mit ihren feisten Bäuchen und weinseligen Gesichtern hier einmal ihre innersten Gedanken offen ausplauderten, so können ihnen die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter nur dankbar sein. Wenn die würdigen Vertreter im allgemeinen der Meinung sind, daß, trotz aller Klagen, doch aus Kalk und Sand noch Gold gemünzt wird, so kann es um ihre Existenz, die sie, sobald die Arbeiter Lohnforderungen stellen, immer ins Feld führen, nicht schlecht bestellt sein.

Nur die am 1. Juni in Baumgärtenweg bei Berlin eröffnete Ausstellung bietet in mancher Hinsicht auch für unsere Mitglieder in technischer und sozialer Beziehung viel des Interessanten. Da sind die neuesten Maschinen und Ziegelpressen der renommiertesten Firmen ausgestellt, und wer ein größeres Interesse hat, dem wird der Betrieb gleich praktisch vorgeführt. Der Lehm ist vorhanden und auch ein Ziegelmisch und ein Ziegler sind in sauberem Reklameanzug vertreten. Treibriemen und Räder surren nur so. Dachsteine, Drahtrohre usw. werden angefertigt. Loren, die elektrisch betrieben am Drahtstuhl regelmäßig von der Grube

heraus kommen. Staat und Kirche sind in Belgien formal geneigt, in der Schule aber soll der Religionsunterricht an erster Stelle stehen. Weigert sich die Gemeinde, den Religionsunterricht in den Schulen ihrer Schulen aufzunehmen, wie in Brüssel, kann die Regierung die Errichtung von Religionschulen auf Kosten der Gemeinde anordnen, wenn 20 Familienwörter das fordern. Brüssel selbst hat vorzügliche Gemeindeschulen, deren Errichtung dem Sozialdemokraten und Christen zu danken ist. Schulgeld wird nicht erhoben, Lehrmittel werden frei gegeben. Der Klerus hindert jedoch den Besuch dieser Schulen — Schulung besteht in Belgien nicht —, weil die Gemeinde es ablehnt, Religionsunterricht einzuführen und durch einen öffentlichen Willen zu lassen. In dem sogenannten Klosterchulen können nur katholische Kinder aufgenommen werden. — In 25 Prozent der Bevölkerung können gar nicht und weitere 30 Prozent kaum lesen und schreiben. Das ist das Resultat kirchlicher Volkserziehung.

Die Arbeiterbewegung Belgiens besteht der Stoffigkeit und organisierten Bewegung, die wir in Deutschland gewöhnt sind. Die Gewerkschaften haben nicht viel Erfolg, ihre Unterabteilungen sind in Verhältnis zu den Betrieben sehr hoch, ihre Kampfbereitschaft gering. Nicht ein Streik aus, wird an die allgemeine Solidarität appelliert. Im Westen des Landes lassen am Übergang zwei Arbeitervereine von Sozialdemokraten, die sie jedem Ein- und Ausgehenden kostenlos unter die Nase halten — sie sammeln für 180 entsprechende Arbeitervereine. Die Masse sind im allgemeinen niedriger als in Deutschland. Ungeheure Arbeiter verdienen 2,50—3,50 Francs (1 Fr. = 20 Pf.) in Tageslohn und 3—4 Francs im Monat. Die Arbeiterbewegung ist etwas schwächer als bei uns — Frankreich hat 100 bis 150 und 200 Arbeiter (10—15 Pf.) das Stück angefordert.

Die Organisation der ungelohnten Arbeiter beginnt erst. Im Herbst wurden in 20 Arbeitervereine zu einem Zentralverband der Arbeitervereine zusammengeschlossen, der jetzt ca. 600 Mitglieder zählt. Der Zentralverband hat den Sitz in Brüssel, den ich während im Besonderen aufsuchen, das 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen für den Verband zu gewinnen haben. Wenn diese Organisationen nicht wären, müßte er sich einen erheblichen Prozentsatz davon anrechnen lassen.

aus rauh und rünte fahnen, sind in Modellen vorhanden und viele andre Schöpfungen der modernen Technik. Wenn man das Ganze überschaut, dann kann man wohl in einer Variation auf das alte Studentenlied sagen: O alle Handdrückherrlichkeit, wohin bist du geschwunden! Noch wichtiger als die Entwicklung der Ziegeleimaschinen scheint uns aber die Entfaltung des Zementgewerbes. Was man heute aus dem Zement, dessen Aktien so schlecht stehen sollen, nicht alles macht. Aus Zement und Sand werden nicht nur Dachsteine, Pfeilerköpfe und Kanalisationsröhren gemacht, sondern ganze Fabrikgebäude werden aus Betonmasse gestampft, Dächer, Treppentritten und Fensterbogen werden aus dieser zum Teil mit Drahteinlage gefestigten Mischung hergestellt.

Doch das ist noch lange nicht der Gipfel des Erreichbaren. Auf der Ausstellung haben große Werke ihre Erzeugnisse zur Schau gestellt. Eisenbahnschwellen, Betonpfeile, die man bei schwierigen Fundamentierungen in die Erde oder ins Wasser rammen kann, Dachkonstruktionen, Sparren und Balken, die das teure Holz ersetzen und eine größere Sicherheit gegen Feuersgefahr bieten, ja Telefon- und Fahnenstangen, Laternenmasten usw. stellt man in unserer modernen Zeit aus Zement- und Sandmischung her. Indem man Masten innen hohl herstellt, kann man somit ganz bequem die bei Laternen- und Fahnenstangen erforderliche Drehvorrichtung innen anbringen, wo sie gegen Wind und Wetter geschützt ist. Diesem Gebiet steht noch eine große Entwicklung bevor.

Interessant ist aber auch das Zurückschauen der „sozialen Lasten“, die man zu tragen hat. Viele Ziegelei- und sonstige Firmen haben getreulich angegeben, wie viele Arbeiter bei ihnen „Lohn und Brot“ finden, wie vielen sie eine „Existenz sichern“ und welche hohe Aufwendungen sie in sozialer Hinsicht für sie machen. Außer einzelnen Firmen gibt der „Verein deutscher Portland-Zementfabriken“ eine Uebersicht über seine sozialen Aufwendungen von 1885 bis 1909. Natürlich ist bei all den schönen Angaben nicht mitgeteilt, wie viele berechnete Ansprüche ungerechtfertigterweise abgewiesen wurden und mit welcher rigorosen Willkür des öftern gegen die „in Lohn- und Brot“ stehenden Arbeiter vorgegangen wurde. Auch die Ziegelei-Berufsgenossenschaft, die nebenbei das Modell eines gefahrlosen Abbaues eines Tonstachts ausgestellt hat, renommiert auf einem in die Augen fallenden Plakat damit, daß sie in den fünfundsiebzig Jahren ihres Bestehens 29 120 000 Mk. an Unfallrenten gezahlt hat. Wie sehr sie sich aber dagegen gestäubt haben mag, geht daraus hervor, daß sie für Unfalluntersuchungs- und Schiedsgerichtskosten in demselben Zeitraum nicht weniger als 2408 000 Mk. aufwandte. Auch die ungeschätzten Prozesse, die täglich um die Gewährung gesetzlich zustehender Renten geführt werden müssen, reden ein andres Bild.

An allen den ausgestellten Schätzen klebt Schweiß und Blut des Arbeiters, aus seinen Knochen wird jahraus, jahrein die Dividende für die Herren Aktionäre gemahlen, die mit ihrem Namen all den Fleiß und das Geschick der Arbeiterschaft, der sie dankbare, regelmäßige Beschäftigung im Sommer und Winter gewähren“, denken. Und wenn eine hochgestellte Persönlichkeit, ein Prinz, ein Minister oder dergleichen von der Hand einiger Varenführer durch die Ausstellung gegangen wird, dann sieht er natürlich nicht das taufendfältige Glend, die zerquetschten Glieder, die gramdurchfurchten Gesichter und die zitterigen Hände, die all diese Schätze hergestellt haben, steht nicht die Sorge, den Schweiß und das Blut, das an ihnen klebt, sondern nur die prunkenden Erzeugnisse, die von devoten Geistern in Amt- oder Sakramente erklärt werden, und mit staunender Befriedigung vernimmt er, wie vielen Arbeitern hier „regelmäßig Lohn und Brot“ oder auch gar „eine auskömmliche Existenz“ gegeben wird. „Sonderbar“, zuckt es dann durch das erlauchte Hirn, „und da wagt die Kassebande noch zu mutzen!“ Ja, undankbare Geschöpfe sind die deutschen Arbeiter! Unsere Kapitalisten aber, denen sie eigentlich zu ewigem Dank verpflichtet sein müßten, sind äußerst geriebene Spekulanten, die es verstehen, ihren Vorteil überall, auch an aufscheinend gänzlich unangebrachter Stelle, wahrzunehmen. Unsere, in den Ziegeleien und Zementwerken tätigen Kolle, aber werden sich insbesondere obigen schönen Singfang zu merken haben.

— Gewinne der Zementindustrie im Jahre 1909/10.

Die Geschäftsergebnisse der Zementindustrie haben seit 1907 einen nicht unerheblichen Rückgang zu verzeichnen. Der Reingewinn und dementsprechend auch die Dividenden haben sich in dieser Zeit etwa um ein Drittel verringert. Da aber die Zementindustrie einen der rentabelsten Industriezweige bildet, so ist der Rückgang keineswegs geeignet, die Lage der Zementindustrie als schlecht erscheinen zu lassen. Die hier angeführten Ergebnisse bestätigen das. So erzielten an Reingewinn die

	Altienkapital in 1000 Mk.	Reingew. in Mk.	in Proz.
Norddeutsche Portl.-Zementfabr., Wisburg	2200	335 020	15
Müritzer P.-Zementwerke	1400	108 037	7,7
Wismarer P.-Zementfabrik Rronsberg	600	92 540	15,4
P.-Zementfabr. Karlsruhe a. M.	3500	521 405	14,9
„Felsenberg“, A.-G. für Portl.-Zement- und Zementfabrikation	1000	96 344	9,6
W.-Zementfabrikation	1200	121 892	10
P.-Zementfabrik „Lautonia“, Wisburg	2200	341 672	15,5
Lothringer P.-Zementwerke, Metz	3750	344 466	9,1
P.-Zementfabrik Heunau	5400	400 090	7,4
Stettin-Brandener Zementfabrik	1700	108 307	6,3
„Westfal“, A.-G. für Zementfabrikation von Zement und Kalk	1000	139 778	13,9
Portl.-Zementwerk Schwanebed	1150	122 957	10,6
Neubekumer Zementwerke „Kollern“	1300	103 040	7,9
Portl.-Zementfabrik Mühlentoren	2500	203 185	12,1
Widderische Portl.-Zement- und Zementwerke, Reddinghausen	4500	368 688	8,1
Portl.-Zement- und Wasserfallwerke „Raut“, Nendebum	2250	465 188	20,6
Städt.-Zementfabrik, Ostschweiz	2750	474 686	17,2
Brandenburg. P.-Zementfabrik	1050	52 966	5
Brandenburg. P.-Zementfabrik	1564	674 634	43
Brandenburg. P.-Zementfabrik Porta	1275	106 900	8,3
Brandenburg. P.-Zementfabrik Marienfelde	1250	85 573	6,8
Brandenburg. P.-Zement- und Kalkwerke	1500	175 780	11,7
Brandenburg. P.-Zementfabr. „Alber“, Berlin	5500	443 945	8
Brandenburg. P.-Zementfabrik vora.	3000	271 621	9

	Altienkapital in 1000 Mk.	Reingew. in Mk.	in Proz.
Gogolin-Gorabjer Kalk- und Zementwerke, Breslau	2100	810 068	14,7
Württembergisches Portland-Zementwerk, Lauffen a. N.	2600	217 619	8,3
Stettiner P.-Zementfabrik	1575	282 008	17,9
Mein. P.-Zementwerke, Köln	1372	105 518	7,6
„Silesia“, Neue Doppelner P.-Zementfabrik	2500	326 424	13

Die hier angeführten 29 Zementfabriken haben mit einem Altienkapital von 63 636 000 Mk. einen Reingewinn von 7 500 356 Mk. erzielt, das sind 11,7 Prozent im Durchschnitt, also eine immerhin annehmbare Verzinsung. Die ausgezahlte Dividende ist bei den meisten Gesellschaften natürlich bedeutend geringer, da der Reingewinn zum Teil zu Betriebsvergrößerungen und Verbesserungen verwendet wird. Deswegen kann auch die jeweilige gezahlte Dividende kein zuverlässiger Maßstab zur Beurteilung der Rentabilität des Werkes sein. So hat z. B. das Lothringer Zementwerk in Metz bei einem Reingewinn von 344 466 Mk. überhaupt keine Dividende verteilt. Die Zementfabrik Karlsruhe a. M. hat bei einem Reingewinn von 14,9 Prozent nur 8 Prozent Dividende verteilt. Zur richtigen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Zementindustrie kann also nur der erzielte Reingewinn in Frage kommen, und auch dieser wird in vielen Fällen durch unerhörte hohe Abschreibungen noch künstlich heruntergebracht. Die Zementarbeiter haben mithin gar keine Ursache, sich auf Grund der geringeren Dividende einschüchtern zu lassen. Die Gewinne sind immer noch hoch genug, um den Arbeitern einen ihrer Arbeit angemessenen Lohn zu gewähren.

— Breslau. Neben Schaffgotschgartern liegt die Ziegelei Bismarckswalde, die dem Gutbesitzer Langner gehört. Fast diese Ziegelei scheinen die Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht zu gelten, denn die Arbeiterinnen müssen an der Presse noch täglich zwölf Stunden arbeiten, ebenso sind, entgegen der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 15. November 1908, Mädchen unter 16 Jahren in der Ziegelei beschäftigt. Anstatt nun die Löhne aufzubessern, nimmt Herr Langner noch Verschlechterungen vor. Bisher hatten die zwei Brenner einen Tageslohn von 2,50 Mk. bezogen; jetzt mutete man ihnen zu, für einen Wochenlohn (7 Arbeitstage) von 15 Mk. zu arbeiten. Dies war selbst diesen an Entbehrungen gewöhnten Proleten unmöglich, sie lehnten ab und mußten das Arbeitsverhältnis lösen. Sollte die Behörde auch jetzt noch nicht auf Beseitigung der angeführten Gesetzesübertretungen drängen, so sind wir gezwungen, einmal ein andres Lied anzustimmen, das ihr nicht gerade angenehm in die Ohren klingen dürfte. Den Arbeitern des Betriebes aber sei zugerufen: Erfüllt eure Pflicht als freie Arbeiter, so werdet ihr nicht als Lohnsklaven behandelt!

— Freital. Ueber die elende Lage der hiesigen Ziegeleiarbeiter haben wir schon verschiedentlich berichtet. Wer die hiesigen Ziegeleien nur von außen sieht, hält die Zustände, die darin zu finden sind, nicht für möglich. In der Ziegeleifabrik von Gebrüder Sturm, A.-G., ist es der Mangel an Trinkwasser, aber den sich die Arbeiter beklagen, denn das vorhandene ist ungenießbar. Herr Sturm mußte wohl, weshalb er den Arbeitern sagte: „Es ist keine Wurst, denn darin ist Pfeffer und Salz, und ihr hiebt kommt ban'n großen Durst“. Denn Wasser zum Durstlösen ist nicht vorhanden. Genießen die Arbeiter dennoch davon, so haben sie mit Extraktung sicher zu rechnen, und dann werden sie noch als Simulanten bezeichnet. Die Vabereinrichtung ist vollständig ungenügend, denn für über 350 Personen sind nur 5 Zellen vorhanden, so daß also auf jede Zelle 70 Personen kommen. Die Frühstücksräume sind viel zu klein, so daß ein großer Teil Arbeiter gezwungen ist, an der Arbeitsstelle sein Brot zu verzehren. Die Aborte sind in der einen Fabrik in lebensgefährlichem Zustand, gereinigt werden sie nur aller höchsten Festtage. Wollten wir sämtliche Mißstände schildern, so bräuchten wir dazu die Spalten einer ganzen Nummer des „Proletariats“.

Nicht besser ist es in der Fabrik von Siegfried Sturm. Obwohl hier jedes Jahr angebaut wird, hat Herr Sturm doch noch nicht daran gedacht, einen Umkleiraum für die Dienarbeiter zu bauen, oder etwa einen Frühstücksraum für die Männer. Der Raum für die Frauen ist viel zu klein. Noch weniger hat er daran gedacht, genügende Vabereinrichtungen zu schaffen. Bis jetzt sind für 220 Personen zwei Vabezellen, also auf 110 Personen kommt eine Zelle. Derartige Einrichtungen hätten eben etwas Geld gekostet, und dadurch würde der heilige Profit geschmälert, und deshalb denkt Herr Siegfried Sturm lieber nicht daran. Und das geht eben so lange, wie es sich die Arbeiter gefallen lassen. Gätten die Arbeiter vor einigen Jahren die Organisation hochgehalten, so wären solche Zustände unmöglich. So muß erst wieder von vorn angefangen werden. Darum, Kollegen, vorwärts ans Werk, es gilt, das Verfaulene nachzuholen. Wofür geht es vorwärts mit unsrer Zehlfelle, aber wir dürfen nicht rasten, bis wir den letzten Arbeiter der hiesigen Ziegeleien in unsern Reihen haben. Je eher dies geschieht, desto eher werden wir die Mißstände beseitigen können. Darum sei jeder ein Agitator für unsre Sache.

— Gannau i. Schl. Die Aussperrung im Baugewerbe ist beendet, aber nicht der von der Firma Baum u. Kaiser in Wielau vorgenommene Lohnabzug, der mit der Aussperrung begründet wurde. Während die Arbeiter des Baugewerbes sich dank ihrer guten Organisation eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde errungen haben, müssen die schwachorganisierten Zieglerkollegen sich einen empfindlichen Lohnabzug gefallen lassen. In welcher Höhe der Lohn gekürzt wurde, lehren die Lohnsätze der Dienarbeiter. Es erhielten für Einfahren die Kollegen für

	früher	jetzt
1/4 Spalt	1,— Mk.	0,80 Mk. pro Stunde
1/4 Berblender	0,65 „	0,60 „ „ „
1/2 „	0,75 „	0,70 „ „ „
1/4 Ecken	1,35 „	1,30 „ „ „
Hohziegel	1,— „	0,80 „ „ „
Brandsteine	2,— „	1,50 „ „ „
Dachsteine	2,— „	1,50 „ „ „
Mauerziegel	1,— „	0,90 „ „ „

Kollegen, sorgt, daß auch der letzte Arbeitskollege Mitglied des Verbandes wird. Nur so wird es möglich sein, den Lohnabzug rückgängig zu machen. Hinein in die Organisation! das muß die Antwort auf diese Verschlechterung sein. Gätten die Kollegen nicht früher immer in sträflichem Weichsein am Verbandsbeitrag gespart, dann bräuchten sie sich jetzt nicht das Vielfache desselben vom Lohne abziehen zu lassen. Sie sehen ja jetzt am besten, wohin die falsche Sparlamkeit geführt hat.

Eingegangene Schriften.

„Jahrbuch 1909 des Deutschen Holzarbeiterverbandes.“ Herausgegeben vom Verbandsvorstand, Berlin 1910. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis broschiert 2 Mk., geb. 2,50 Mk.

„Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag?“ Material zur Beitragsfrage im Deutschen Holzarbeiter-Verband. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Preis 50 Pf.

Im Verlage von J. F. B. Diez Nachf., Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, ist soeben erschienen: „Die Grundprobleme des Marxismus“, von S. Pechanow. Historisierte Uebersetzung von Dr. W. Radtke. (Siebte Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 Mk., Vereinspreis 60 Pf.